

## Die Freikirchen in der Zeit des Nationalsozialismus

Arbeitstagung vom 07. bis 08.10.2011  
in Elstal bei Berlin

### „Bekenntnis, Blut und Boden“<sup>1</sup>?

#### Selbständige lutherische Freikirchen zur Zeit des Nationalsozialismus

*Christian Neddens*

#### 1. Ein unerledigtes Projekt

Ein Viertel Jahrhundert ist es inzwischen wieder her, da legte eine Arbeitsgruppe der 6. Kirchensynode der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) 1987 einen knappen Dokumentationsband zur „Geschichte der lutherischen Freikirchen im Dritten Reich“ vor. Werner Klän, selbst Mitglied der Arbeitsgruppe, veröffentlichte eine Zwischenbilanz der damaligen Ergebnisse<sup>2</sup> und stellte mit Bedauern fest, dass „bisher nur im wesentlichen das bodenständig kirchliche Quellenmaterial ausgewertet werden konnte“.<sup>3</sup>

Dieser Forschungsstand ist bis heute fast unverändert geblieben,<sup>4</sup> obwohl die staatlichen und kirchlichen Archive in Ostdeutschland und Polen inzwischen zugänglich sind und an der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel ein Kirchenarchiv entstanden ist, in dem sukzessive Be-

<sup>1</sup> Der Titel der vorliegenden Studie spielt an auf eine Schrift des aus der ELKP stammenden Erlanger Systematikers *Werner Elert*, *Bekenntnis, Blut und Boden*. Drei theologische Vorträge, Leipzig 1934; vgl. die Interpretation dieser Schrift als politisch-theologisches Programm Elerts in: *Christian Neddens*, *Kreuzestheologie und politische Theologie*. Werner Elert und Hans Joachim Iwand (FSÖTh 128), Göttingen 2010, 339–361.

<sup>2</sup> *Geschichte der lutherischen Freikirchen im Dritten Reich – mit Dokumentation*. Berichte, Band II, vorgelegt für die 6. Kirchensynode der SELK in Groß-Oesingen vom 16.06.–21.06.1987, gedruckt durch die SELK, April 1987; *Werner Klän*, *Selbständige evangelisch-lutherische Kirchen im „Dritten Reich“*, in: LuThK 9 (1985), 16–24; *ders.*, *Selbständige evangelisch-lutherische Kirchen im „Dritten Reich“*. Versuch einer Zwischenbilanz, in: LuThK 11 (1987), 73–87. Die Geschichte der Mission evangelisch-lutherischer Freikirchen in den Jahren 1933–1945 hatte damals *Volker Stolle* aufgearbeitet in: *Im tiefen Tal*. Die Bleckmarer Mission während des Dritten Reiches (Bleckmarer Missionsschriften 2), Groß-Oesingen 1986.

<sup>3</sup> *Klän*, *Selbständige evangelisch-lutherische Kirchen* (1987), 73.

<sup>4</sup> So ist dem Urteil Volker Stollens zuzustimmen, wenn er im Blick auf die Quellenlage lutherischer Freikirchen zwischen 1933 und 1945 schreibt: „Die bisher verfügbaren Nachrichten aus der Zeit des ‚Dritten Reiches‘ sind [...] so spärlich, dass ihnen ein Moment der Zufälligkeit anhaftet, das Vorsicht vor zu weitgehenden Schlüssen gebietet“ (*Volker Stolle*, *Juden gegenüber weitgehend distanziert*. Die Selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen und die Juden im „Dritten Reich“, in: *Freikirchen und Juden im „Dritten Reich“*. Instrumentalisierte Heilsgeschichte, antisemitischen Vorurteile und verdrängte Schuld, hg. v. Daniel Heinz (KKR 54), Göttingen 2011, 218).

stände der Vorgängerkirchen, aber auch private Nachlässe gesammelt und katalogisiert werden. Freilich ist in jüngster Zeit etwas Bewegung in die Forschungssituation gekommen. So wurde die Geschichte des Naemi-Wilke-Stifts in Guben aufgearbeitet, das im „Dritten Reich“ von der NS-Rassenpolitik ebenso betroffen war wie von der NS-Eugenik und der Ermordung pflegebedürftiger Menschen.<sup>5</sup> Ebenso wurde das Verhältnis selbständiger evangelisch-lutherischer Kirchen und der Juden im „Dritten Reich“ durch den Koordinator für Kirche und Judentum in der SELK erschlossen.<sup>6</sup> Schließlich sind inzwischen einschlägige Vergleichsstudien zur Geschichte anderer Freikirchen und konfessioneller Institutionen erschienen.<sup>7</sup> Günstige Voraussetzungen also, um die Geschichte der selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen im „Dritten Reich“ endlich umfassend aufzuarbeiten.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es im Deutschen Reich und darüber hinaus eine Vielzahl kleiner, meist regional beschränkter selbständiger lutherischer Kirchen und Gemeinden, voneinander unterschieden durch eine je eigene Entstehungsgeschichte, durch sehr unterschiedliche kirchliche Strukturen, durch differente theologische Schwerpunktsetzungen und einen unterschiedlichen Grad der Institutionalisierung.

Sechs der Vorgängerkirchen, die in die heutige SELK aufgegangen sind, befanden sich zur NS-Zeit auf deutschem Reichsgebiet: die Evangelisch-Lutherische Kirche in Preußen (ELKP)<sup>8</sup>, die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Sachsen und anderen Staaten (ELFK), die Hannoversche Evangelisch-Lutherische Freikirche (HELFF), die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche in Hessen (SELKH), die Evangelisch-Lutherische Hermanns-

<sup>5</sup> Vgl. *Wolfgang Rose*, Das Naemi-Wilke-Stift im Dritten Reich, in: *Stefan Süß / Gottfried Hain* (Hg.): Das Naemi-Wilke-Stift in Guben. Eine Stiftung zwischen Tradition und Moderne, Berlin 2005, 91–108.

<sup>6</sup> *Volker Stolle*, Den christlichen Nichtariern nimmt man alles. Der evangelische Pädagoge Karl Mützelfeldt angesichts der NS-Rassenpolitik (Münsteraner Judaistische Studien 22), Berlin 2007; *ders.*, Juden gegenüber weitgehend distanziert 215–244. Siehe auch die unveröffentlichte Hausarbeit: *Dagmar Henschke*, Christentum und Politik in der Weimarer Republik und im Hitler-Staat nach dem Urteil der Ev.-Luth. Freikirche in Sachsen u. a. Staaten, wiss. Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung, 11. Juni 1986 [Kirchenarchiv der SELK, Oberursel].

<sup>7</sup> *Johannes Hartlapp*, Siebenten-Tags-Adventisten im Nationalsozialismus unter Berücksichtigung der geschichtlichen und theologischen Entwicklung in Deutschland von 1875 bis 1950 (KKR 53), Göttingen 2008; *Matthias Ring*, Katholisch und deutsch. Die alt-katholische Kirche Deutschlands und der Nationalsozialismus, Bonn 2008; *Herbert Strabm*, Die Bischöfliche Methodistenkirche im Dritten Reich, Stuttgart/Berlin/Köln 1989; *Andrea Strübind*, Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im „Dritten Reich“, Neukirchen-Vluyn 1991. Als interessante Vergleichsstudie siehe auch *Gunther Schendel*, Die Missionsanstalt Hermannsburg und der Nationalsozialismus. Der Weg einer lutherischen Milieuinstitution zwischen Weimarer Republik und Nachkriegszeit, Münster 2009.

<sup>8</sup> Die größte selbständige lutherische Kirche hatte 1926 ca. 54 000 Glieder. Zur Namensänderung am 1. August 1933 in Evangelisch-Lutherische Kirche Altpreußens vgl. *Stolle*, Juden gegenüber weitgehend distanziert, 215.

burg-Hamburger Freikirche (ELHFF) und die Renitente Kirche Ungeänderter Augsburgischer Konfession in Niederhessen (RKUAK).

Daneben ist die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Polen (ELFKP) zu nennen, die sich nach dem Krieg als Evangelisch-Lutherische Flüchtlingsmissionskirche<sup>9</sup> in Deutschland neu sammelte und 1976 der SELK beitrug. Die Geschichte dieser Kirche, die in den 1950er Jahren immerhin knapp 20 000 Glieder zählte, ist bisher weitgehend unbearbeitet und wird auch in der genannten Dokumentation von 1987 nicht berücksichtigt.

„Selbst. ev.-luth. Kirchen zur Zeit des Nationalsozialismus“ – woran soll erinnert werden? Wäre die Geschichte der kirchlichen Institutionen zu schildern, die Entwicklung der Theologie und Frömmigkeit, das Verhältnis zu den Landeskirchen, zur Bekennenden Kirche und zu den Partnerkirchen im Ausland? Oder wäre zuallererst das Leben in den Gemeinden zu erzählen, die lokalen Ereignisse und Beziehungen, die dieses Leben prägten, und die vielfältigen Reaktionen Einzelner auf das politisch-gesellschaftliche Geschehen? Nicht unerheblich ist schließlich die Frage, wie sich die staatlichen Stellen konkret den freien Lutheranern gegenüber verhielten. Angesichts der komplexen und bisher unerledigten Aufgabe, ein solches Gesamtbild zu erstellen, bleibt das Folgende skizzenhaft. Gleichwohl werden Perspektiven für die künftige Aufarbeitung sichtbar. Konzeptionell werden vor allem Zeugnisse der ELFK, der ELKP und der RKUAK in den Blick genommen, weil diese den Rahmen, innerhalb dessen sich die selbständigen lutherischen Kirchen bewegten, gut abstecken.<sup>10</sup> Eine kurze Übersicht über die ELFKP in ihrem politisch gänzlich anderen Kontext schließt sich an.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Bei der ersten Pastoralkonferenz vom 22.–25.2.1946 erhielt diese kirchliche Sammlung den Namen „Ev.-luth. Flüchtlingsmissionskirche“. Am 25.09.1952 wurde die „Ev.-luth. Bekenntniskirche in der Diaspora“ gegründet und 1960 in „Ev.-luth. Bekenntniskirche“ umbenannt. Vgl. *Karl Wengenroth*, 11. Mai 1924 bis 31. Dezember 1975. Die Geschichte unserer Kirche im Aufriß, in: *Durch Kreuz zur Krone*, Kirchenblatt der Evangelisch-Lutherischen Bekenntniskirche 12 (1975).

<sup>10</sup> Zur Geschichte der HELF und der ELHFF vergleiche die Übersicht bei *Klän*, *Selbständige evangelisch-lutherische Kirchen* (1987), 81–83.

<sup>11</sup> Wiederkehrende Periodika werden im Folgenden abgekürzt. Dies sind: a) ELFK: Die Evangelisch-Lutherische Freikirche. Zeitschrift zur Belehrung und Erbauung für evangelisch-lutherische Christen. Im Auftrag der Synode der Ev.-Luth. Freikirche in Sachsen u. a. Staaten herausgegeben von deren Pastoren (bis 1941) [*ELF*]; Junker Jörg. Zeitschrift der Jugend innerhalb der Ev.-Luth. Freikirche in Sachsen und andern Staaten, Zwickau (bis Juni 1934) [*Junker Jörg*]; Verhandlungen der Synode der Evangelisch-Lutherischen Freikirche in Sachsen u. a. Staaten (bis 1938) [*Synodalverhandlungen*]; Evangelisch-lutherischer Hausfreund-Kalender, hg. v. Martin Willkomm, Zwickau, 39.1923–1957, 1941 [*Hausfreund-Kalender*]; b) ELKP: Kirchenblatt für die Evang.-lutherischen Gemeinden in Preußen, Breslau (bis 1942) [*Kirchenblatt*]; Fest zur Fahne. Mitteilungen aus dem Jungmännerbund der ELKP, Erfurt (bis September 1939) [*Fest zur Fahne*]; Christophorus. Ev.-luth. Volkskalender, Breslau (bis 1941) [*Christophorus*]; c) SELKH u. HELF: Unter dem Kreuze. Kirchliches Volksblatt aus Niedersachsen und amtlicher Anzeiger für die verbündeten ev.-luth. Freikirchen in Hannover und Hessen [*Unter dem Kreuze*]; d) RKUAK: Gemeindeblatt für die renitente Kirche ungeänderter Augsburgischer Konfession in Niederhes-

## 2. Grenzwege selbstständiger evangelisch-lutherischer Kirchen im „Dritten Reich“

### 2.1 Verstrickungen völkischen Denkens: zum Beispiel Werner Elert

An Werner Elert (1885–1954), einem der bekanntesten Söhne der Evangelisch-lutherischen („atlutherischen“) Kirche in Preußen (ELKP) und späterem Erlanger Systematiker<sup>12</sup> lässt sich eine folgenreiche Prägung besonders eindrücklich studieren, die beispielhaft war für viele Theologen seiner Zeit: der wilhelminische Nationalismus verbunden mit soldatischen Erfahrungen von Kampf und Gemeinschaft im Ersten Weltkrieg, dann das Erlebnis der unbegriffenen Kriegsniederlage und der revolutionären Wirren in Deutschland zusammen mit dem Eindruck von der Christentumsfeindschaft in Sowjetrußland. Aus dieser Melange entstand in den 1920er Jahren eine wirkmächtige Verbindung von Frömmigkeit und völkisch-nationalistischen Stimmungen, von militärischer Strenge und einem verklärenden Mythos der Gefallenen: wechselseitige völkische Verpflichtung und Hingabe gipfelten im – christologisch konnotierten – stellvertretenden Opfer des Soldaten für die Seinen. Dieses Opfer, das nicht sinnlos gewesen sein durfte, wurde zur Verpflichtung für die „Übriggebliebenen“.<sup>13</sup> So wie Christi Opfer Gehorsam verlangt, so verlangte das Opfer der Gefallenen, dass die Überlebenden den Zielen doch noch zum Sieg verhalten, für die jene gestorben waren.<sup>14</sup> Das Sterben des Einzelnen wurde dabei aufgehoben in die nationale Unsterblichkeit eines „deutschen Wir“.<sup>15</sup> Mit dieser politisch-theologischen Ideologie konnte sich gleichwohl eine scheinbar strik-

---

sen – Melsunger Missionsblatt, Melsungen (bis 1941) [*Gemeinde-Blatt*]; e) ELHHF: Hermannsburger Bote. Volksblatt der Kreuzgemeinde und der mit ihr verbündeten Gemeinden der Hermannsburg-Hamburger Freikirche [*Hermannsburger Bote*]; Die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Polen. Monatsschrift, Lodz (1930–1941) (später: Die Evangelisch-Lutherische Freikirche im Warthegau) [*ELFKP* bzw. *ELFKW*].

<sup>12</sup> Elert war Pfarrer in Seefeld (Pommern), von dort 1914–1918 auch als Feldprediger tätig. 1919 wurde er als Direktor des theologischen Seminars der Ev.-Luth. Kirche in Preußen nach Breslau berufen, von wo er 1923 als Professor nach Erlangen ging.

<sup>13</sup> *Werner Elert*, Die Übriggebliebenen, in: *Der Tag* (Ausgabe A), 1917, Nr. 290 vom 12.12., 1 f.

<sup>14</sup> Das säkularisierte christologische Hingabemotiv ist kein Spezifikum lutherischer Freikirchen, sondern findet sich während und nach dem Ersten Weltkrieg auf zahllosen öffentlichen Denkmälern, auf Postkarten und auf Bildern in deutschen Wohnstuben zum ehrenden Gedenken an die Kriegsgefallenen. Dabei wird immer wieder Joh 15,13 zitiert: „Niemand hat größere Liebe als die, dass er sein Leben lässt für die Freunde.“

<sup>15</sup> *Werner Elert*, Das deutsche Wir, in: *Der Tag* (Ausgabe B), Nr. 30 vom 05.02.1918, 1. Anders, aber vergleichbar völkisch-national lesen sich Kriegsbetrachtungen, wie sie im Bereich der ELKP von Gottfried Nagel (1876–1944) oder für die ELFK von Martin (1876–1946) und Otto Willkomm (1847–1933) überliefert sind. Vgl. *Gottfried Nagel*, Der Weltkrieg im Lichte der Weltgeschichte, Breslau 1915; *Otto Willkomm*, Krieg und Ernte, Predigt, Zwickau 1914; *Otto Willkomm*, Mahnung in Kriegsgefahr, Predigt am 8. So. n. Trinitatis, Zwickau 1914; *Otto Willkomm*, Der Kampf um den Frieden. Was ist vom Pazifismus zu halten?, Zwickau 1918; *Martin Willkomm*, Kriegsbetrachtungen in Anlehnung an den Kleinen Katechismus, Zwickau 1918.

te Zwei-Reiche-Lehre verbinden. Elert ist dabei nur ein prominentes Beispiel für ein Denken, das ausgesprochen verbreitet war – nicht nur im Luthertum.

## 2.2 Fixe Ideen konservativer Milieus: Antibolschewismus, Antijudaismus, Antiliberalismus

Mit dem völkisch-nationalen Denken verband sich bei vielen Theologen Anfang der 1920er Jahre ein tiefes Unbehagen an der von Sozialdemokratie und Zentrum geprägten Weimarer Republik. Dieses Unbehagen fand auch in den Blättern der selbständigen ev.-luth. Kirchen seinen Ausdruck. Immer wieder ist von der Not des deutschen Volkes die Rede, seiner Zerrissenheit in Parteien, seiner Drangsalierung durch den Versailler Vertrag und seinem sittlichen und wirtschaftlichen Verfall.<sup>16</sup> Der „Unionismus“ und „Liberalismus“ der Landeskirchen wird beklagt<sup>17</sup> und vor der Machtentfaltung der katholischen Kirche gern auch einmal unter der Überschrift „Aus dem Reiche des Antichristen“ gewarnt.<sup>18</sup> Katholiken und Protestanten, dazwischen die marginalen Freikirchler, standen zur Zeit der Weimarer Republik in teilweise erbitterter Konkurrenz zueinander.

Am Wirkmächtigsten aber war die Angst vor dem „Bolschewismus“. Berichte von Christusfeindschaft und Christenverfolgung in Russland durchziehen die Kirchenblätter der 1920er Jahre und verdichten sich Anfang der 1930er.<sup>19</sup> Auch die Sozialdemokratie und die Weimarer Republik generell schienen durchtränkt von dieser machtvollen Ideologie, die gegen Gott und seine Ordnungen „aufbehrte“.<sup>20</sup> Vor allem in der ELFK war wiederholt von einer materialistischen „jüdisch-kommunistischen“ Front die Rede und von einer planmäßigen Entchristlichung, hinter der „sowohl das moderne Judentum als auch die sozialistischen und kommunistischen Parteien, die auch sonst Verderber sind“<sup>21</sup>, steckten. Bezeichnend ist ein Bericht in den Synodalverhandlungen der ELFK von 1923, in dem Johannes Michael (1874–1935) von Gottes Gericht an den Juden sprach:

„Dieses Volk, welches durch Gottes Gnade einst in den höchsten Himmel erhoben war, ist in die unterste Hölle hinabgestoßen worden und liegt nun unter dem Fluch. Das zeigt sich so recht darin, daß die Juden jetzt Träger der gottfeindlichen Zeitströmungen sind, die sich in dem Evolutionismus [...], dem Sozialismus und Kommunismus, wie überhaupt in der ganzen materialistischen Weltanschauung auswirken.“<sup>22</sup>

<sup>16</sup> Für die ELFK vgl.: „Am Rande des Abgrunds“ (ELF 45 (1920), 11), „Die Bewegung gegen die Schmutzwelle“ (ELF 45 (1920), 15). Für den Bereich der ELKP siehe: *Gottfried Nagel*, Unser Volk und seine Rettung. Vortrag, Breslau 1925, 1–8.

<sup>17</sup> Z. B. ELF 52 (1927), 164, 199.

<sup>18</sup> ELF 48 (1923), 77.

<sup>19</sup> Z. B. ELF 45 (1920), 27; 55 (1930), 15; 56 (1931), 31 f; Christophorus 1933, 66–67.

<sup>20</sup> Vgl. Kirchenblatt 87 (1932), 167.

<sup>21</sup> *Wilhelm Oesch*, Planmäßige Entchristlichung der deutschen Jugend, ELF 54 (1929), 151.

<sup>22</sup> *Johannes M. Michael*, Die Zeichen des Jüngsten Tages, Verhandlungen der Synode der ELFK 48 (1923), 9.

Die Nationalsozialisten wurden als Gegenmacht gegen den Bolschewismus angesehen und ihr Erstarken Anfang der 1930er Jahre häufig mit verhaltenem Beifall kommentiert. So ist im Ev.-luth. Volkskalender der ELKP 1931 zu lesen: „Die Nationalsozialisten nehmen sehr zu. Etwas ungestüm gebärden sie sich [...] Ihre Schulgebete für Thüringen sind z. T. politisch tendenziös. Aber der Wille zum Gebet ist etwas Großes.“<sup>23</sup> Das völkische Anliegen wurde begrüßt, „Übertreibungen“ aber kritisiert. So wurde in der ELFK darauf hingewiesen, dass die Liebe zu Volk und Vaterland nicht abgöttisch sein dürfe und hierin ein Gegensatz zum Nationalsozialismus liegen könne.<sup>24</sup> Im Kirchenblatt der ELKP bemühte sich Gerhard Stief (1902–1944) 1932 um eine differenzierte Wahrnehmung der nationalistischen Bewegungen. Allerdings sah er Europa so unausweichlich vor die Schicksalsfrage gestellt „entweder bolschewistisch“ zu werden „oder eine völlige Neugeburt von nationalen Volksstaaten“ zu erleben,<sup>25</sup> dass ihm der Nationalismus als letzter Ausweg vor dem Bolschewismus erschien.

Bei dem Konfessionslutheraner Hermann Sasse (1895–1976) und im Bereich der RKUAK fanden sich aber bereits 1932 ganz andere Töne, nämlich ausgesprochen kritische Analysen des Nationalsozialismus als einer hochgefährlichen Spielart politischer Religion.<sup>26</sup>

### 2.3 Jubel und Sorge anlässlich der „deutschen Revolution“

Ostern 1933, aufgrund Hitlers kirchenfreundlich erscheinender Regierungserklärung vom 23. März, ging durch die kirchlichen Blätter ein allgemeines Aufatmen. Hitlers Machtergreifung wurde nun als Eingriff Gottes zur Rettung des deutschen Volkes gedeutet.<sup>27</sup> „In Deutschland sind seit Juli 1932 keine international-pazifistischen Mächte mehr maßgebend, sondern

<sup>23</sup> Christophorus 1931, 57.

<sup>24</sup> ELF 56 (1931), 71.

<sup>25</sup> Kirchenblatt 87 (1932), 164.

<sup>26</sup> Vgl. *Hermann Sasse*, Kirchliche Zeitlage, in: Kirchliches Jahrbuch, 59 (1932), hg. v. Hermann Sasse, 1–176 und: Gemeinde-Blatt, Februar 1933, 7 f.

<sup>27</sup> Kirchenblatt 88 (1933), 241. Vgl. Kirchenbericht über die Jahre 1932 und 1933 (von *J. Böttcher*, in: Archiv der SELK, Oberursel, Seminarschuber 3. Reich): „Wir können auf diese Jahre nicht zurückblicken, ohne Gott, dem Herrn der Geschichte, von Herzen dafür zu danken, daß Er unserm Volk aus großen Nöten ohn all unser Verdienst und Würdigkeit geholfen. Dazu rechnen wir nicht nur die Überwindung der Zerrissenheit unseres Volkes durch Parteihader und Klassenfeindschaft, sondern auch die machtvolle Unterdrückung gewissenloser Elemente, die nicht nur alle äußere Ordnung zerstören, sondern auch Sitte und Sittlichkeit, Reinheit und Treue, Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit, ja letztlich Gottesfurcht und jede fromme Bindung an Gott und Gottes Wort ausrotten wollten in unserm Volke. Gott hat noch einmal rettend eingegriffen in die Geschichte unseres Volkes, um es von einem Abgrunde zurückzureißen, an dessen Rande es z. T. ohne es zu ahnen und recht zu wissen taumelnd wandelte. Gott hat sich auch die menschlichen Werkzeuge dazu ausersehen, erzogen und zu Seiner Zeit und Stunde Hand anlegen lassen. So durfte noch einmal mit starker Hand ein äußerer Damm aufgerichtet werden gegen den Ansturm der bösen, teuflischen Mächte, die unser Volk vernichten wollten.“

nur die Nation selbst.“<sup>28</sup> In der Jahresrundschau 1932/33 des Christophorus wird die neue Reichseinheit unter Hitler, das Ende der Parteiendemokratie, die neue Wendung der Öffentlichkeit zur Religion und die „Reinigung“ des Beamtentums bejubelt – und natürlich: das Niederringen der marxistischen Gefahr.<sup>29</sup>

„Daß an einzelnen Orten Boykotte gegen nichtdeutsche Geschäfte und Belästigungen von Personen vorkamen, berichten wir mit Bedauern. Es war unchristlich. Von oben wurde es auch verurteilt. [...] Man sollte aber in solchen Zeiten des Übergangs Übertreibungen, Übergriffe, Härten und Stürme in Kauf nehmen [...], ohne das Böse zu beschönigen.“<sup>30</sup>

Am 7. Juli erging die Empfehlung des Oberkirchenkollegiums der ELKP an die Gemeinden, die kirchlichen Gebäude bei entsprechenden Anlässen fortan mit den Reichsfahnen (Schwarz-weiß-rot und Hakenkreuzfahne) zu beflaggen, „da diese Fahnen jetzt nicht mehr Parteifahnen, sondern die vaterländischen Fahnen sind“.<sup>31</sup>

Im April 1933 ließ die ELFK in hoher Stückzahl ein Bekenntnis mit dem Titel „Kirche, Volk und Staat“<sup>32</sup> als Flugblatt drucken. Verfasser war Pastor Otto Gerß (1872–1949) aus Königsberg. Der Umstand, dass dieses Flugblatt an alle kirchlichen und politischen Behörden versandt wurde,<sup>33</sup> zeigt, als wie kompatibel und zeitgemäß die ELFK 1933 ihr Kirchen-Konzept erachtete und welche Chancen sie für die eigene Existenz im neuen Reich sah.<sup>34</sup> Inhaltlich propagierte das Bekenntnis ein Nebeneinander von freier Bekenntniskirche und nationalem Staat. Die Kirche erwarte vom Staat Freiheit für ihre Verkündigung und überlasse ihm im Gegenzug freie Hand bei der Gestaltung der politischen Wirklichkeit.

<sup>28</sup> Kirchenblatt 89 (1934), 68.

<sup>29</sup> Der vaterländische Jubel zieht sich bis in kleine Gelegenheitsschriften durch. Am Seminar der ELFK in Berlin-Zehlendorf war es üblich, dass die Studenten eine Jahreschronik schrieben. Auf das Sommersemester 1933 schrieb *Gottfried Scherf* (1912–1940?): „Einigkeit und Recht und Freiheit sind in unser Vaterland wieder eingezogen, denn das deutsche Wesen hat mit furore teutonico die marxistische Überkleisterung durchbrochen, es flattern Hitlerfahnen über allen Straßen und der Tag für Freiheit und für Brot bricht an. Diese nationale Erhebung unseres Volkes und Vaterlandes zu schildern, fällt zwar nicht direkt in den Rahmen einer Hochschulchronik, doch ist sie von derart weltgeschichtlicher Bedeutung, daß eben auch hier ihre Erwähnung nicht spurlos übergangen werden kann, besonders da auch dieses Sommersemester stark unter dem Eindruck dieser Zeit stand“ (Archiv der SELK, Oberursel, Standort ELF 051).

<sup>30</sup> Kirchenblatt 89 (1934), 71.

<sup>31</sup> Kirchenblatt 88 (1933), 449.

<sup>32</sup> Kirche, Volk und Staat. Ein Bekenntnis der Evang.-Luth. Freikirche in Sachsen und anderen Staaten, abgedruckt in: Die Bekenntnisse und grundsätzlichen Äußerungen zur Kirchenfrage des Jahres 1933, gesammelt und eingeleitet von *Kurt Dietrich Schmidt*, Göttingen 1934, 28–32.

<sup>33</sup> So *Henschke*, Christentum und Politik 39, die von 20 000 gedruckten Exemplaren spricht.

<sup>34</sup> Begleitend zum Bekenntnis verfasste *Albert Hübenner* (1877–1947) einen Artikel „Der Nationalsozialismus und die Schöpfungsordnungen“ für die Kirchenzeitung, in: ELF 58 (1933), 91.

Dass man eine große Übereinstimmung mit den Zielen des NS-Staates sah, verdeutlicht der einstimmige Synodalbeschluss der ELFK vom Mai 1934, in dem der Staatsregierung „für ihre aufopfernde Arbeit“ gedankt wurde

„... zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz des Lebens durch ernste Handhabung der staatlichen Strafgewalt gegen Verbrecher und Übeltäter, zur Reinigung unserer Verwaltung und Wirtschaft von Korruption und Ausbeutung, zur Reinigung der Straße, der Presse, der Büchereien, Schulen usw. von sexueller und bolschewistischer Zersetzung, zur Sicherung der Ehe und Familie, insbesondere durch Wiederherstellung der wahren Ehre und Würde der Frau in ihrem Beruf als Hausfrau und Mutter, zur Wiederherstellung der Ehre jeder ehrlichen Arbeit, zur Behebung der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung ehrlichen Eigentums, zur Wiederherstellung einer rechten Volksgemeinschaft durch Überwindung aller volkzerspaltenden Gegensätze“.<sup>35</sup>

Hier war – theologisch unterfüttert mit einer kurzschlüssigen Auslegung der Zwei-Reiche-Lehre – eine eindeutige Politisierung zugunsten des NS-Staats zu erkennen. Diese Politisierung war nicht nur theoretischer Art, sondern zeigte sich auch konkret in der Parteimitgliedschaft von Pfarrern in der NSDAP.<sup>36</sup> Zwischen 1932 und 1934 kam es zum Ausscheiden mehrerer Pastoren aus dem Synodalverband der ELFK (Vaconius, Stephan Müller, Schreimel, Schödel und Hanewinkel). Zumindest bei den Pastoren Heinrich Schreimel (\*1888) und Wilhelm Hanewinkel (1903–1982) scheint der Grund hierfür in ihrer Tätigkeit als Redner für die NSDAP bestanden zu haben.<sup>37</sup> Eine solche Tätigkeit schien man im Synodalverband der ELFK als mit dem kirchlichen Dienst unvereinbar anzusehen. Und es ist zumindest zuzugestehen, dass man glaubte, mit der Trennung der Bereiche Staat und Kirche nicht nur einer politisierenden Kirche, sondern auch dem Totalitätsanspruch des Staates ein wirksames Mittel entgegensetzen zu können.<sup>38</sup>

Ein völlig anderes Bild zeigte sich in den kleinen selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen in Hessen. Im Gemeinde-Blatt der RKUAK vom Februar 1933 beurteilte Lic. Karl Wicke die Machtergreifung Hitlers als deutschen und europäischen Scheideweg zwischen zwei Katastrophen. Sollte Hitler die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, werde die Stimmung bei den radikalisierten und notleidenden Massen zum Bolschewismus umschlagen. Sollte aber der von ihm angekündigte Aufstieg Deutschlands gelingen, dann werde der schon allgegenwärtige Hitlerkult zu einer „Vergötterung“ Hitlers, also zu einer politischen Religion führen, die nur

<sup>35</sup> Synodalverhandlungen 1934, XVIf.

<sup>36</sup> Vgl. *Klän*, Selbständige evangelisch-lutherische Kirchen (1987), 79.

<sup>37</sup> Vgl. *Henschke*, Christentum und Politik 53. Hanewinkel trat 1934 zu den DC in Thüringen über. Vgl. Verzeichnis der Gemeinden und Pastoren der Ev.-Luth. Freikirche von 1876–1996, Zwickau 1996.

<sup>38</sup> Vgl. *Martin Willkomm*, Das lutherische Bekenntnis in seiner Bedeutung für die Aufrichtung und Pflege wahrer kirchlicher Einigkeit, in: ELF 58 (1933), 204.

wiederum in der Katastrophe enden könne.<sup>39</sup> Im Mai 1933 verschickte die RKUAK „an viele maßgebliche Stellen“ eine „Brüderliche Warnung und Bitte“, sich unter keinen Umständen an der geplanten Reichskirche zu beteiligen. Grund für diese Warnung war zum einen der unionistische Charakter der DEK, zum anderen aber die Tatsache ihrer Entstehung „im Gefolge und auf Grund der politischen Umwälzung unseres Vaterlandes“ und ihrer Konstituierung auf der Grundlage „des Führergedankens und auch des Rassedankens“.<sup>40</sup> Theologisch geboten war solch eine Warnung nach Überzeugung der Hessen, weil in der Kirche allein das Königtum Jesu Christi, vertreten durch das geistliche Amt, Leitungsgewalt habe. Die Kirche dürfe nicht Anhängsel des Staates sein, sondern müsse sich frei machen von staatlicher Beeinflussung. Und noch mehr: Als Zeugin der Königsherrschaft Christi habe die Kirche „aller Welt Regel und Richtschnur zu geben“, d. h. sie habe durch die Predigt des Gesetzes ihr Wächteramt gegenüber dem Staat wahrzunehmen.<sup>41</sup>

Aber auch in der ELFK wurde die Position von 1933 insofern zumindest relativiert, als im Sommer 1935 ein Rundschreiben von Rektor Willkomm an die Gemeinden erging, in dem eine „Übersicht über die religiöse und kirchliche Lage in Deutschland“ geboten wurde.<sup>42</sup> Darin wurden vor allem deutschchristliche und deutschgläubige Positionen scharf angegriffen, wodurch auch der Nationalsozialismus unter Kritik geriet: Das „biblische Christentum“ sei durch „starke völkische und nationalsozialistisch eingestellte Strömungen“ bedroht. Dies sei umso gravierender, als „führende Männer unseres Reiches und Volkes die von diesen Bewegungen vertretenen Ideen teilen und öffentlich dafür eintreten“.<sup>43</sup> Auch die gewaltsamen Methoden der DC bei den Kirchenwahlen „unter Zuhilfenahme der nationalsozialistischen Wählermassen“ und die „brutalen Maßnahmen“ August Jägers gegen die Bekennende Kirche wurden angeprangert.<sup>44</sup> Die BK wurde im Blick auf ihre theologische Arbeit ausdrücklich gewürdigt (darunter die Schriften von Karl Barth!), ihre unklare Bekenntnisposition und ihre unionistische Abendmahlspraxis aber abgelehnt. Vor allem wurde sie aufgrund ihrer öffentlichen Stellungnahmen der „Vermischung von Religion und Politik“ bezichtigt.<sup>45</sup> Die strikte Trennung von Kirche und Staat war aber zentrales Anliegen der ELFK, worunter sie auch die Aufhebung konfessioneller Schulen

<sup>39</sup> Gemeinde-Blatt, Februar 1933, 7 f.

<sup>40</sup> Gemeinde-Blatt, Mai 1933, 18.

<sup>41</sup> Gemeinde-Blatt, Januar 1937, 2 f. So wurden z. B. die Ereignisse in der DEK intensiv und kritisch beobachtet. Auch etwa das Verbot des Reichserziehungsministers (Rust) gegenüber den Hochschulprofessoren, im Kirchenstreit weiterhin Stellung zu beziehen, wurde von Karl Wicke kritisch analysiert. Vgl. Gemeinde-Blatt, April 1935, 14.

<sup>42</sup> *Martin Willkomm*, Rundschreiben an unsere Gemeinden. Nur für Glieder der Ev.-Luth. Freikirche. Übersicht über die religiöse und kirchliche Lage in Deutschland im Sommer 1935, als Manuskript gedruckt, Zwickau 1935.

<sup>43</sup> *Willkomm*, Rundschreiben an unsere Gemeinden 2.

<sup>44</sup> Ebd., 6 f.

<sup>45</sup> Ebd., 8 f.

und theologischer Fakultäten, das Ende des Kirchensteuersystems und der staatlichen Zuschüsse für die Kirchen verstand und weshalb sie jegliche kirchliche Kritik am nationalsozialistischen *Staat* und seiner Politik ablehnte.

#### 2.4 Kirchbaupläne in ELKP und ELFK

In der ELKP gab es zunächst große Hoffnungen auf eine „vereinigte, selbständige, staatsfreie lutherische Kirche deutscher Nation“<sup>46</sup>. Als die lutherischen Landeskirchen den Weg der „unionistischen“ DEK beschritten, hielt die ELKP an ihrer Existenz als Bekenntniskirche fest, gliederte sich aber im Oktober 1936 dem Lutherischen Rat an.<sup>47</sup> Diese Ausrichtung führte wiederum zu einer Distanzierung von den anderen lutherischen Freikirchen. Das Verhältnis der ELKP zum nationalsozialistischen Staat verlief seit dieser Angliederung an den Lutherischen Rat weitgehend in den Bahnen des deutschen landeskirchlichen Luthertums. Dies galt für die Zusammenarbeit „der ELKP mit dem Reichkirchenministerium Kerrls, für die Ablegung des Treueeides der Pastoren der ELKP auf den Führer bis hin zu der Telegrammadresse an Hitler anlässlich des Attentats 1944“.<sup>48</sup>

In der sächsischen Freikirche versuchte man, die NSDAP an ihre Aussagen zur Trennung von Religion und Politik und zur Freiheit der Kirche zu binden,<sup>49</sup> zumal es Anfang 1935 angesichts verschiedener Behinderungen Sorge vor einem staatlichen Verbot gab.<sup>50</sup> Gleichzeitig gab es – wie schon 1933 – Vorstöße, sich in erstaunlicher Selbstüberschätzung dem Staat als kirchlicher Idealpartner anstelle der zerstrittenen Reichskirche anzubieten. „Freie Bekenntniskirche im freien Staat deutscher Art!“<sup>51</sup>, so lautete hier der Weckruf. Noch 1937 gab Pastor Friedrich Hübener (1880–1953) 50 Thesen zur Positionsbestimmung von Kirche und Staat in der Reichskanzlei nebst einem „Begleitbrief für den Führer“<sup>52</sup> ab. Darin versuchte Hübener

<sup>46</sup> *Gottfried Nagel*, Kirchbaupläne. Zu den gegenwärtigen kirchlichen Fragen, überarbeiteter Abdruck aus dem Kirchenblatt für die Evang.-lutherischen Gemeinden in Preußen, Anfang Mai 1933.

<sup>47</sup> *Gottfried Nagel*, Hindurch zur lutherischen Bekenntniskirche! Der Weg zur Kirche für unser Volk, Breslau, Juni 1934.

<sup>48</sup> *Peter Lochmann*, Die evangelisch-lutherische Kirche in Preußen, in: Geschichte der lutherischen Freikirchen im Dritten Reich – mit Dokumentation (1987), 35.

<sup>49</sup> Vgl. *Gottbifl Herrmann*, Religionsfreiheit. Amtliche Dokumente; Worte führender Männer, Zwickau 1936. Die 1. und 2. Auflage erschien unter dem Titel: Die Freiheit der religiösen Bekenntnisse im nationalsozialistischen Staat, 1933 und die 3. Auflage erschien unter dem Titel: Der nationalsozialistische Staat und die religiösen Bekenntnisse.

<sup>50</sup> Aus diesem Grund suchte die ELFK den Kontakt zum Kultus- und Innenministerium und bekam die beruhigende Auskunft, „daß eine Aufhebung der kleineren Kirchen und Religionsgesellschaften nicht beabsichtigt sei, solange sie dem Staate geben, was des Staates ist“ (*Willkomm*, Rundschreiben an unsere Gemeinden, Sommer 1935, 11). Vgl. *Henschke*, Christentum und Politik 64–67.

<sup>51</sup> Kirche, Volk und Staat. Bekenntnis (1933), 32.

<sup>52</sup> *Friedrich Hübener*, Wache auf, deutsche Christenheit! 50 Sätze an das liebe deutsche Volk und an die liebe deutsche Christenheit zur Besprechung vorgelegt, als Manuskript gedruckt, Berlin, Dezember 1938, 2.

die lutherische Kirche gegen Papsttum, Deutschkirche, DC, BK und Freimaurerei in Stellung zu bringen, unaufgebbare dogmatische Positionen zu sichern (Sühnetod, Erbsünde, Offenbarungsqualität des Alten Testaments), das Totalitäre in der „weltanschaulichen Schulung“ (These 31) einzudämmen und dem Staat im Gegenzug mit einer Selbstbeschränkung in der Ethik entgegenzukommen: Das Wort von der Feindesliebe sollte auf „das Privatleben der Christen“ (These 23) reduziert und der Staat in die Eigenmächtigkeit entlassen werden. Die Intention der Schrift war offensichtlich: „Wenn Luther heute lebte, würde er zu Adolf Hitler sagen: Heil dir, du deutscher Held! Heil dir, du Einiger und Retter des Vaterlandes! Bleibe dir selber treu und dulde nicht Ausrottung der Religion!“ (These 37) „Mache den Staat frei von der Kirche und die Kirche frei vom Staate“ (These 38).

## 2.5 Antikirchliche Maßnahmen und hilflose Reaktionen

Während in den Verlautbarungen aus dem Raum der selbständigen lutherischen Kirchen der *totalitäre Staat*, auch in seinem Führerprinzip, seiner Rassepolitik und Eugenik, kaum kritisiert wurde, war der Konflikt mit dem Nationalsozialismus als *Weltanschauung* erheblich, insbesondere im Blick auf den antikirchlichen Kurs Alfred Rosenbergs. Um sich in dieser Spannung zu positionieren, wurden häufig Aussagen Hitlers gegen solche Rosenbergs ausgespielt, oder es wurde zwischen dem Willen des Führers und dem Walten untergeordneter Behörden differenziert.

Nichtsdestotrotz bekamen auch die lutherischen Freikirchen bald die antikirchlichen Maßnahmen des Staates zu spüren, zum Beispiel im Blick auf die Gleichschaltung der kirchlichen Verbände. Am 13. Juli 1933 etwa löste sich der „Lutherische Jugendbund“ der ELFK auf. In einem Brief des Jugendpflegeausschusses (Paul Peters, 1888–1979, und Hans Kirsten, 1902–1994) an die Pastoren der ELFK vom 15. Juli 1933 wurde dieser Schritt damit begründet, dass man sich aus Gewissensgründen nicht anschließen konnte, sich der „Evangelischen Jugend Deutschlands“ zu unterstellen. Zwar sei manchen die „Auflösung als ein Zurückweichen vor dem Staate“ erschienen. In einem Gespräch mit dem deutschchristlichen Bundespfarrer im Evangelischen Jungmännerwerk und späteren Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Friedrich Peter, habe dieser aber erklärt, dass die rein kirchliche Jugendarbeit nicht angetastet werde, womit eine Selbstauflösung als relativ unproblematisch angesehen wurde. „Darüber hinaus bezeichnete Bundespfarrer Peter unsere strenge Scheidung zwischen kirchlicher und staatlicher Jugendarbeit als das vom Reichsjugendführer angestrebte Ziel.“<sup>53</sup>

Die Position der Altlutheraner aus Sicht des Staates spiegelte sich in einem Brief des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten an den Thüringischen Minister für Volksbildung vom 6. September 1939 wie-

<sup>53</sup> Vorhanden im Archiv der SELK, Oberursel, Seminarakten 3. Reich.

der, in dem „die altlutherische Kirche [als] eine am Kirchenstreit und den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche unbeteiligte Freikirche“ beschrieben wurde, „deren Geistliche auch im allgemeinen zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben haben“.<sup>54</sup>

Die weitgehend staatskonforme Haltung der lutherischen Freikirchen zeigte sich auch daran, wie die guten Auslandskontakte, insbesondere die nach Nordamerika, von Gliedern der lutherischen Freikirche genutzt wurden, um auf diesem Wege gegen die ausländische „Greuelpropaganda“ zu protestieren. So meinte man etwa auf Seiten der ELFK, „Greuellügen“ über die Kirchenfeindschaft des NS-Staates oder über die „angeblich so grausame Judenhetze der Hitlerschen Regierung“ entgegentreten zu müssen.<sup>55</sup> Ob solche Stellungnahmen immer innerer Überzeugung oder eher der Sorge entsprungen, vom Staat der Kollaboration mit der ausländischen Presse bezichtigt zu werden, ist im Nachhinein schwer zu entscheiden. Zudem nahmen staatliche Organe unmittelbar Einfluss auf kirchliche Presseorgane und Auslandsreisende, was bisher kaum untersucht wurde.

Neben solchen allgemeinkirchlichen Vorgängen gab es viele kleine lokale Ereignisse. Ihre Aufarbeitung würde ein anschauliches Bild der Lebenswirklichkeit der Freikirchen im „Dritten Reich“ ergeben, doch wäre dazu noch erhebliche Archivarbeit vonnöten. Ein solches lokales und alltägliches Ereignis war zum Beispiel ein Brief des Amtsleiters der Volkswohlfahrt Wigger in Radevormwald an Pfarrer Otto Ziemer (1877–1947) vom 7. Januar 1936, in dem es hieß:

„In unserem gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Kälte stellen wir auch besonders fest, dass noch viele kinderreiche Familien in ganz begrenzten Wohnräumen leben [...] Unsre heiligste Verpflichtung ist es, hier helfend einzugreifen und ich sehe hier vor allen Dingen ein grosses Betätigungsfeld der Kirchengemeinden. Ich kann mir nämlich vorstellen, dass durch kostenlose Bereitstellung von Baugrundstücken mancher Mißstand und manche Familiensorge beiseitigt [!] werden könnte, was wohl Christenpflicht ist.“

Deshalb bat bzw. forderte Wigger, ihm

„als dem Ortsamtsleiter der Ns.-Volkswohlfahrt und damit als führender Organisation der freien Wohlfahrtspflege einige Baugrundstücke die ja nur brach daliegen, aus einfacher Menschen- und Christenpflicht kostenlos zur Verfügung stellen [!]“.<sup>56</sup>

Kirchlicherseits war man nicht nur mit aufsehenerregenden Gewaltmaßnahmen wie der Gleichschaltung der kirchlichen Verbände konfrontiert, sondern auch mit einer Vielzahl derartiger lokaler Übergriffigkeiten und Provokationen.

Trotz einer die NS-Politik insgesamt eher bejahenden Haltung gab es auch irreguläres, hier und da sogar widerständiges Verhalten unter den

<sup>54</sup> BA Potsdam, I 23370/39, vorhanden im Archiv der SELK, Oberursel, Seminarakten 3. Reich.

<sup>55</sup> ELF 58 (1933), 87; ELFKW 12,2 (01.02.1941), 2.

<sup>56</sup> Vorhanden im Archiv der SELK, Oberursel, Seminarakten 3. Reich.

freien Lutheranern. In diesen Bereich gehörten die Kontakte, die zwischen Pfarrern und Gemeinden der lutherischen Freikirchen und solchen der Bekennenden Kirche entstanden.<sup>57</sup> Solche Kontakte pflegte etwa der Berliner Pfarrer der ELKP, Lic. Dr. Johannes Stier (1872–1961), dessen Gemeindevorstand dem nichtarischen Pfarrer Lic. Willy Ölsner und der Bekenntnisgemeinschaft aus der landeskirchlichen St. Thomas-Gemeinde 1934/35 die atlutherische Kirche in der Annenstraße zur Verfügung stellte.<sup>58</sup> Stier veröffentlichte darüber hinaus im Kirchenblatt 1934 eine Analyse der kirchlichen Lage, in der er scharf die Versuche angriff, Rasse-Gedanken, Führerprinzip und eine nationalsozialistische Geschichtstheologie in die Kirche zu implementieren.<sup>59</sup> An verschiedenen Orten kam es darüber hinaus zu Übertritten bekenntnisbewusster Lutheraner aus DC-Gemeinden in die ELKP und die ELFK, wie zum Beispiel in Thüringen oder Ostfriesland.<sup>60</sup>

Aus erhaltenen Akten lässt sich rekonstruieren, dass es verschiedentlich zu Konflikten zwischen Pfarrern und Gemeindegliedern, Pastoren und ihren Kirchenleitungen kam, die politisch motiviert waren.<sup>61</sup> Denunziationen führten hier und da zu staatlichen Eingriffen, wie zum Beispiel bei Walter Kuschke (1897–1973), Pfarrer der ELKP, der zu einjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde, weil er in Bezug auf Hitler gesagt haben sollte: „Ja, ja, er

<sup>57</sup> Martin Willkomm von der ELFK vermerkte im Juli 1935 missbilligend, dass die anderen „lutherischen Freikirchen [...] ziemlich stark mit der ‚Bekennnisfront‘ innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche“ sympathisierten (*Willkomm*, Rundschreiben an unsere Gemeinden, 13).

<sup>58</sup> Vgl. Kirchenblatt 90 (1935), 346. Über seine Suspendierung durch Reichsbischof Müller am 19.03.1934 schrieb Ölsner rückblickend: „Aber das war nicht das Ende der Welt. Eine nonkonformistische lutherische Gemeinde bot mir ihre Kirche an, für jegliche Dienste an meiner Gemeinde. Mit Ausnahme einiger weniger überzeugter Parteimitglieder und einiger natürlich nervöser Typen (weil wir die ganze Zeit beobachtet wurden) folgten mir alle loyalen Gemeindeglieder zu dieser Freikirche, und so hielten wir zusammen: ‚durch dick und dünn‘, Hirte und Herde, für den Zeitraum von zwölf Monaten“ (zitiert nach: *Palm Kleinau*, Unsere Kirchengemeinde – Zufluchts- und Wirkungsstätte für den nichtarischen Bekenntnispfarrer Lic. Willy Ölsner (1897–1983) aus unserer benachbarten ev.-unierten St. Thomas-Kirchengemeinde in gelebter Ökumene einst und jetzt, in: 1857–2007. 150 Jahre ev.-luth. Kirche Annenstraße, Berlin-Mitte, hg. v. Kirchenvorstand, Herrnhut 2007, 20). Vgl. zu *Willy Ölsner: Eberhard Röhm / Jörg Thierfelder*, Juden – Christen – Deutsche. Bd. 2/II, 1935–1938, Stuttgart 1992, 72–92. In ähnlicher Weise öffnete die atlutherische Gemeinde in Wernigerode für die Bekennende Kirche ihre Räume. Vgl. *Ludwig Hoffmann*, Die Bekenntnisgemeinde in der Wernigeröder Kreuzkirche, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Harz 1933–1945, eine Spurensuche, erarbeitet vom Förderkreis Mahn- und Gedenkstätte Veckenstedter Weg im Geschichts- und Heimatverein Wernigerode, voraussichtlich 2012.

<sup>59</sup> Kirchenblatt 89 (1934), 389.

<sup>60</sup> Vgl. *Erich Stegmann*, Der Kirchenkampf in der Thüringer Evangelischen Kirche 1933 bis 1945. Ein Kapitel Thüringer Kirchengeschichte, Berlin 1984, 24 ff., 94.

<sup>61</sup> Beispielhaft ist der Konflikt zwischen Gärtnermeister Sturm und Pastor Gotthilf Nagel in Erfurt, deren Briefwechsel im Archiv der SELK, Oberursel, Seminarakten 3. Reich, erhalten ist.

führt uns alle ins Verderben“ und wiederholt auf den „Deutschen Gruß“ erwidert haben solle: „Wer soll geheilt werden?“<sup>62</sup>

Bezeichnend für die Bandbreite im Verhalten der lutherischen Freikirchen zum NS-Staat waren die unterschiedlichen Stellungnahmen in der Treueeid-Frage 1938. In der ELKP beschloss das Oberkirchenkollegium, von den Pastoren den persönlichen Treueeid auf Adolf Hitler einzufordern.<sup>63</sup> Die der ELKP eng verbundene SELKH hingegen ging diesen Schritt nicht mit, sondern lehnte einen persönlichen Treueeid auf den Führer entschieden ab, ohne deshalb rechtliche Konsequenzen fürchten zu müssen.<sup>64</sup> In zeitlich engem Zusammenhang damit wurde seitens der RKUAK ein Artikel über den Dienst der Kirche abgedruckt, in dem ausführlich das Wächteramt der Kirche als ein Dienst an *aller* Welt dargestellt wurde, in dem die Kirche kundtut, was ihr vom biblischen Standpunkt aus aufgetragen ist.<sup>65</sup> Auch das war eine Art Kommentar zur Treueeid-Frage.

Einzuzuzeichnen in die Geschichte der selbständigen evangelisch-lutherischen Kirche wäre auch die Geschichte ihrer diakonischen Anstalten, etwa die Auseinandersetzungen, zu denen es 1935 zwischen Pfarrer Albert Burgdorf jun. und der NSDAP kam, in deren Folge es zum Bruch zwischen den Samariteranstalten in Fürstenwalde und der ELKP kam.<sup>66</sup> Und es wäre nach dem Fortgang der Jugendarbeit nach der Eingliederung bzw. Selbstauflösung der Jugendverbände zu fragen. Nach mündlichen Aussagen soll es in vielen Gemeinden zu Spannungen zwischen der kirchlichen und der parteilichen Jugendarbeit gekommen sein.

Ein ganz eigenes Thema wäre die Aufarbeitung der langjährigen Konflikte um den Rechtsstatus der lutherischen Freikirchen. Hierzu wäre im Aktenbestand des Reichsministeriums für kirchliche Angelegenheiten der Vorgang zu recherchieren, der 1943 zu einer gegen die ELFK verhängten rückwirkenden Veranlagung zur Vermögenssteuer führte.<sup>67</sup>

Ein wiederum eigenes Kapitel ist die Schließung des Verlags Johannes Hermann in Zwickau durch die Gestapo am 18. Januar 1941. Der Verlag, in dem die Schriften der ELFK veröffentlicht wurden, hatte 1940 in 5. Auflage das Lutherheft „Frisch gewagt ist halb gewonnen“ gedruckt, das erstmals 1916/17 erschienen war und Lutherzitate zu Krieg und Soldatentum zusammenstellte. Darin hieß es unter anderem, der Krieg sei „der größten Strafe eine, als der zerstört und nimmt weg die Religion, weltlich und häus-

<sup>62</sup> Gerichtsurteil der Division Nr. 152 (St.L. 953/40) und Brief an den Chef des Heeresjustizwesens vom 18.07.1940, BA Potsdam, vorhanden im Archiv der SELK, Oberursel, Seminarakten 3. Reich.

<sup>63</sup> Vgl. Kirchenblatt 93 (1938), 299.

<sup>64</sup> Kirchenbericht von Sup. Martin 1938, in: Dokumentation SELK 1987, 99.

<sup>65</sup> *Eduard Rausch*, Der Dienst der Kirche, Gemeinde-Blatt, August 1938, 1.

<sup>66</sup> *Peter Lochmann*, Die evangelisch-lutherische Kirche in Preußen, in: Geschichte der lutherischen Freikirchen im Dritten Reich – mit Dokumentation. Berichte, Band II, vorgelegt für die 6. Kirchensynode der SELK in Groß-Oesingen vom 16.06.–21.06.1987, gedruckt durch die SELK, April 1987, 35.

<sup>67</sup> Vgl. *Karl Zebner*, Evangelische Freikirchen und das Dritte Reich, Berlin 1986, 72–74.

lich Regiment“.<sup>68</sup> Daraufhin wurde der Verlag geschlossen und Johannes Hermann am 21. Juli 1941 wegen „mangelnde[r] Zuverlässigkeit und Eignung“ aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen. Die Druckerei durfte aber weiterarbeiten.<sup>69</sup>

Wie schwierig es ist, im Nachhinein das Verhalten und die politische Einstellung einzelner Vertreter der selbständigen lutherischen Kirchen im „Dritten Reich“ zu bewerten, zeigt das Beispiel des Pfarrers der ELKP Johannes Landgraf (1897–1977).<sup>70</sup> Landgraf war im Mai 1943 beschuldigt worden, in einem privaten Gespräch und einer Predigt von Kriegsverbrechen der Deutschen und Greueln an den Juden gesprochen zu haben. Daraufhin wurde Landgraf aus der NSDAP ausgeschlossen, wogegen er Einspruch einlegte. Landgraf berief sich auf seine zahlreichen Kriegsauszeichnungen, seinen Eintritt in die Partei 1933 und seine Tätigkeit als Redner im Dienst der NSDAP. Sich selbst bezeichnete er als Antisemiten, kritisierte aber, dass der „Ausbruch des Volkszornes“ gegen die Juden zu laut und sichtbar gewesen sei und der Feindpropaganda Material zu Greuelbildern geliefert habe. Ähnlich ambivalent waren seine Äußerungen zu den Gewaltmaßnahmen an der Ostfront, die sich als Zustimmung zu denselben lesen ließen. Trotzdem wurde Landgraf aus der Partei ausgestoßen. Im Januar 1944 wurde er darüber hinaus wegen Verstoßes gegen das Heimtücke-gesetz zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Anfang 1948 wurde gegen Landgraf wieder ein Verfahren in derselben Sache eröffnet – dieses Mal im Zusammenhang der Entnazifizierung. Obwohl Landgraf zwölf eidesstattliche Erklärungen beibrachte, die seine „antifaschistische Tätigkeit“ und seine öffentliche Verurteilung der Judenverfolgung belegen und damit die Wahrheitsgemäßheit der 1943 gegen ihn erhobenen Anschuldigungen (und nicht die seiner schriftlichen Entgegnung) bestätigen sollten, endete das Verfahren mit der vorübergehenden Entfernung Landgrafs aus dem kirchlichen Dienst.

## 2.6 Kirche und Judentum angesichts der NS-Judenpolitik

In den selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen gab es eine Minderheit, die sich persönlich für die Mission unter Juden engagierte oder durch Kontakte sensibilisiert war für das Schicksal der Juden in Deutschland.<sup>71</sup>

<sup>68</sup> „Frisch gewagt ist halb gewonnen“ (Lutherworte über den Krieg), Lutherheft Nr. 73, Zwickau <sup>5</sup>1940, 1.

<sup>69</sup> Archiv der Buchdruckerei Johannes Herrmann (1874–1972), Dokumentation zum 100. Jahrestag der Gründung am 15.10.1974 (Privatbesitz Dr. Gottfried Herrmann, Bahnhofstr. 8, 08056 Zwickau).

<sup>70</sup> Die diesbezüglichen Akten befinden sich im Archiv des Kirchenbüros der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Hannover, Aktenzeichen 41/09 (Landgraf, Johannes).

<sup>71</sup> Vgl. *Thomas Küttler*, Gegen den Strom. Die Haltung der Leipziger Judenmission gegenüber Antisemitismus und Nationalsozialismus – Zur Revision eines Fehlurteils, in: *Begegnungen* 89 (2006), 14–21. Vgl. für das Folgende insgesamt *Stolle*, Juden gegenüber weitgehend distanziert (2011).

Für die Mehrheit waren die Juden das von Gott verworfene Volk, mit dem man sich eher theoretisch befasste.

Bereits vor der Machtergreifung Hitlers waren antijüdische Vorurteile in den kirchlichen Blättern verbreitet. Rassentheorien wurden weitgehend abgelehnt, doch heilsgeschichtlich galt Israel als das Volk, das seinen Messias ans Kreuz gebracht hatte. Die Juden wurden häufig als Gefahr für Deutschland dargestellt und mit dem materialistischen Geist des Bolschewismus in Zusammenhang gebracht.<sup>72</sup> Gelegentlich konnten einschneidende politische Maßnahmen gefordert werden.<sup>73</sup> Es gab aber auch mäßigende bis kritische Stimmen – auch in der ELFK und in der ELKP. Der alte Präses der ELFK, Heinrich Zacharias Stallmann (1847–1933), etwa sprach von dem gemeinsamen sündigen Blut aller Menschen und davon, dass Gott „seiner Verheißung gegen die Väter“ des Alten Testaments nicht vergessen habe.<sup>74</sup>

1933 wurde die „Judenfrage“ in den kirchlichen Blättern intensiv diskutiert. Eine erfreulich klare Positionierung fand sich vor allem in den kleinen selbständigen lutherischen Kirchen Hessens. Karl Wicke (1905–1942), Pastor der RKUAK, und Dietrich Lucius (1903–1995), Pfarrer der SELKH, kritisierten Rassendünkel und Rasseideologie, woraus Lucius die Konsequenz zog:

„Die Mitgliedschaft der Kirche auf ‚Arier‘ beschränken, hieße Christus verleugnen [...] Darum schuldet die Kirche den Juden die Verkündigung des Evangeliums und stete Fürbitte. Judenmission ist Pflicht der Kirche.“<sup>75</sup>

Auf dieser Linie wurde im Gemeinde-Blatt der RKUAK das Marburger Gutachten zum Arierparagrafen ausführlich und zustimmend referiert.<sup>76</sup> Auf dem Herbstkonvent der SELKH am 10./11. Oktober 1933 trug Pfarrer Gottfried Riegel (1870–1950) bekenntnisartige Thesen vor, die vom Konvent gebilligt wurden. Darin hieß es:

<sup>72</sup> *Wilhelm Oesch*, Planmäßige Entchristlichung der deutschen Jugend, ELF 54 (1929), 151.

<sup>73</sup> *Matthias Schulz*, Zur Judenfrage, in: Kirchenblatt 87 (1932), 211–215. In der Schrift „Der deutsche Christ und die Judenfrage“ beschrieb Pastor Friedrich Hübener (1880–1953) die Juden als Feinde und Verderber Deutschlands. Hübener warnte vor „unchristlichem Rassenhaß“ und empfahl zur Lösung der „Judenfrage“ eine strikte Trennung zwischen Staat und Kirche: Aus Deutschland sollten die Juden ausgewiesen werden, „ehe sie uns ganz umbringen“. Kirchlich sei die „Judenfrage“ aber nur so zu lösen, indem ihnen Christus als Heiland und Retter bezeugt würde. Das bedeutete aber auch die Einheit von Juden und Heiden in der „rein religiöse[n] göttliche[n] Internationale“, der Kirche. Vgl. *Friedrich Hübener*, Der deutsche Christ und die Judenfrage. Ein offenes Wort an die Deutschen, die sich Christen nennen und an die völkische Bewegung, 7./8. Auflage, Zwickau o. J. (erstmalig als Vortrag am 17. und 18.11.1932 in Hannover gehalten; vgl. ELF 58 [1933], 71), 20 f.

<sup>74</sup> *Heinrich Zacharias Stallmann*, „Sei nicht stolz, sondern fürchte dich“, ELF 57 (1932), 86.

<sup>75</sup> Dietrich Lucius: „Nationalsozialismus?“, in: Unter dem Kreuze 58 (1933), 275.

<sup>76</sup> Gemeinde-Blatt, September 1933, 35.

„Ich bekenne gegenüber allem Rassedünkel die gottgegebene Einheit des ganzen Menschengeschlechts, das aus einem Blute stammt, und daß in dieser Tatsache das Gebot der Nächstenliebe seinen Grund hat.“<sup>77</sup>

Riegel versuchte, in einer theologischen Geschichtsdeutung zwar die Verschiedenheit der Völker zu würdigen, aber gleichzeitig die Einheit der Menschheit zu bewahren mit der – damals selten geäußerten – Feststellung, dass in dieser *universalen* Blutsgemeinschaft das Liebesgebot wurzele.

Insgesamt lässt sich zeigen, dass dort, wo ein Bezug zur Judenmission bestand, wie in den Hessischen Gemeinden, die Reaktionen auf die NS-Maßnahmen wachsamer und kritischer ausfielen, auch wenn dies dafür wohl nicht der einzige Grund war.<sup>78</sup>

Besonders erwähnt seien zwei Personen, deren Biographien für die Situation von Christen jüdischer Herkunft in den selbständigen evangelisch-lutherischen Gemeinden aussagekräftig sind: Karl Mützelfeld (1881–1955) war evangelischer Pädagoge, Leiter des Kaiserswerther Schulwesens, und gehörte zur Düsseldorfer Gemeinde der ELKP. Angesichts der NS-Judenpolitik bemühte sich Mützelfeld 1933/34, eine kirchliche Stelle zur Betreuung christlicher Nichtariar ins Leben zu rufen. Die evangelische Kirche müsse „aus ihrem feigen Nichtsehenwollen“ aufwachen und sich um ihre in Bedrängnis geratenen Kirchglieder kümmern.<sup>79</sup> 1934 wanderte Mützelfeld – enttäuscht von den evangelischen Kirchen in Deutschland – mit seiner als Halbjüdin geltenden Frau nach Australien aus.

Die Vorgänge in der Zionsgemeinde Hamburg der ELHHF um Pastor Erwin Horwitz (1894–1982), der einen jüdischen Vater hatte, machen deutlich, wie im Fall persönlicher Betroffenheit trotz weitgehend staatskonformer Einstellung eine kritische Haltung zu den antisemitischen NS-Maßnahmen eingenommen werden konnte. Hier wurde die Übernahme des Arierparagraphen durch den Pastorenkonvent abgelehnt und Horwitz von seiner Gemeinde gestützt.<sup>80</sup> Auch andere Beispiele zeigen, dass das *persönliche* Verhalten gegenüber jüdischen Mitbürgern dem verbreiteten Antisemitismus entgegen laufen konnte.<sup>81</sup>

Eine so entschiedene Haltung wie bei Wicke, Lucius oder Rieger war aber die Ausnahme. Im Gegensatz zum Vorgehen der RKUK und der ELHHF wurde im Kirchenblatt der ELKP die Übernahme des Arierparagraphen durch die Generalsynode der altpreußischen Union verteidigt. Gegen das Marburger Gutachten wurde auf der Linie des Erlanger Gutachtens (von Althaus und Elert) mit dem zerstörten Vertrauen zwischen jüdischen und

<sup>77</sup> „Vom Herbstkonvent in Dreihäusen“, in: Unter dem Kreuze 58 (1933), Nr. 35, 373.

<sup>78</sup> Vgl. *Stolle*, Juden gegenüber weitgehend distanziert (2011), 232–236.

<sup>79</sup> *Volker Stolle*, Den christlichen Nichtariern nimmt man alles. Der evangelische Pädagoge Karl Mützelfeldt angesichts der NS-Rassenpolitik (Münsteraner Judaistische Studien 22), Berlin 2007, 59.

<sup>80</sup> Vgl. *Klän*, Selbständige evang.-luth. Kirchen (1987), 82.

<sup>81</sup> Vgl. *Stolle*, Juden gegenüber weitgehend distanziert (2011), 231 f.

nicht-jüdischen Christen argumentiert.<sup>82</sup> Die Mehrheitsmeinung dürfte sich im Artikel „Die Judenfrage der Gegenwart“ im Kirchenblatt der ELKP vom 20. August 1933 wiedergefunden haben, in dem die Zurückdrängung des jüdischen Einflusses in Deutschland als unumgängliche Zwangsmaßnahme gebilligt wurde, Härten aber wo möglich gemildert werden sollten, ohne dass dies „zu sentimentaler Erweichung und Lähmung“ führen dürfe.<sup>83</sup>

Auch die Nürnberger Rassegesetze von 1935 fanden ihren Widerhall. Im Kirchenblatt der ELKP hieß es lapidar: „Der unheilvolle Einfluß des Judentums mußte gebrochen werden, wenn unser Volk rassisch, politisch und wirtschaftlich wieder hochkommen sollte.“<sup>84</sup> Man bemühte sich um eine vorsichtige Eingrenzung der antijüdischen Hetze, duldete aber gleichzeitig die NS-Maßnahmen oder rechtfertigte sie sogar indirekt über den theologischen Antijudaismus.<sup>85</sup> In der ELFK wurden die Nürnberger Rassegesetze v. a. durch die Brille der eigenen tendenziösen Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre bewertet. Die Rassegesetze seien zu akzeptieren, weil der Staat engere Grenzen ziehen könne als Gottes Gebote. Ihnen sei zu gehorchen „um des Herrn willen, der uns geboten hat, untertan zu sein aller menschlichen Ordnung (4. Gebot)“.<sup>86</sup>

Hingegen brachte Karl Wicke in bemerkenswert offener Weise die Rassegesetze und deren tatsächliche Intention kritisch auf den Punkt:

„Es handelt sich nicht um dies oder das von den Juden [...] um diese oder jene Gefahr, die von ihnen angeblich oder wirklich droht. Sondern es handelt sich um das Volk als Volk. Das jüdische Volk als Volk soll ausgeschaltet und womöglich vernichtet werden.“<sup>87</sup>

Insgesamt aber wurde es nach 1935 stiller um die „Judenfrage“ in den kirchlichen Blättern. Die Pogrome am 9./10. November 1938 kamen genauso wenig zur Sprache wie andere Zwangsmaßnahmen, auch nicht in den Blättern der Hessischen Lutheraner – trotz „Wächteramt“ der Kirche.<sup>88</sup>

<sup>82</sup> Kirchenblatt 88 (1933), 755–759.

<sup>83</sup> Kirchenblatt 88 (1933), 537.

<sup>84</sup> Kirchenblatt 90 (1935), 676.

<sup>85</sup> Im Artikel „Luther und die Juden“ versuchte Konrad Nagel (geb. 1909) Luthers Hoffnungen und Luthers Enttäuschung über die Juden zu differenzieren und verurteilte die Härte der späten Judenschriften Luthers. Die Deutschen seien zwar jetzt „Gottes Werkzeug“ im Gericht an den Juden, letztlich müsse aber alles darauf zielen, dass die Juden zum Glauben an Christus kommen. Vgl. *Konrad Nagel*, Luther und die Juden, Kirchenblatt 90 (1935), 676–682, 691–696, 707–713. In der Juni-Ausgabe 1937 des Kirchenblatts der ELKP versuchte Hans Ziemer (1904–1944) vorsichtig abwägend die Rassenideologie einzugrenzen, ohne die NS-Maßnahmen anzusprechen. Vgl. *Hans Ziemer*, Die Rasse und der Christ, Kirchenblatt 92 (1937), 359–364. Vgl. auch die Andacht von Wilhelm Brachmann (1893–1966) „Verworfen!“ in: Kirchenblatt 88 (1933), 529–531.

<sup>86</sup> *Martin Willkomm*, „Wo aber die Sünde mächtig geworden ist...“, Synodalverhandlungen 1936, 6.

<sup>87</sup> Gemeinde-Blatt, Februar 1936, 6.

<sup>88</sup> Eine vorsichtige Reaktion auf den Reichspogrom kann in einem Rundschreiben von Sup. Martin (SELKH) gesehen werden, wo Martin vor einem Missbrauch der Luther-

Zum Schluss sei ein Vorgang erwähnt, der die Komplexität auch dieses Themas beleuchtet: Der inzwischen mehrfach erwähnte Pastor der ELFK Friedrich Hübener hatte Ende 1934 sein Amt in Hörpel niedergelegt, wobei es zu Divergenzen mit der Gemeinde kam. 1935/36 half er bei seinem Bruder aus, der Pfarrer in Kolberg war. 1936 wurde Hübener nach Berlin berufen, 1939 aber durch Bezirkspräses Kemner seines Amtes enthoben.<sup>89</sup> Grund dafür waren Konflikte in der Gemeinde, die nach Hübeners eigenem Bekunden durch „seine positive Stellung zu den gegenwärtigen Zeitfragen und seine aktuelle Predigtweise [...], d. h. Würdigung des NS-Staates und seiner Verdienste“ ausgelöst wurden. Eine Rolle spielten dabei auch Predigten, in denen Hübener aus Luthers späten Schriften Antijüdisches zitierte, was in der Gemeinde auf Widerstand stieß.<sup>90</sup> Inhaltlich passt diese „Predigtweise“ zu einem Artikel, den sein Bruder Albert im Winter 1938/39 im Gemeindeblatt der ELFK über „Das Schicksal der Juden“ veröffentlichte, in dem er dieses – nach dem Reichspogrom – als Gericht Gottes zur Mahnung an die abgefallene Christenheit deutet. Dieses Schicksal wurde vom Verfasser – unbeteiligt und wie von außen, und gerade darum erschreckend zynisch – „geistlich“ betrachtet: „An den Juden soll alle Welt erkennen: Schrecklich ist es, in die Hände des lebendigen Gottes zu fallen.“<sup>91</sup>

Zu der manchmal kaum zu erhellenden Komplexität der damaligen Situation gehört, dass eben jener Friedrich Hübener kurz vor Kriegsende heimlich Alexander Wachtel, den jüdischen Ehemann eines Gemeindeglieds der ELFK, in dessen Berliner Wohnung taufte.<sup>92</sup>

## 2.7 Die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Polen – ein vergessenes Terrain

Die Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Freikirche in Polen bzw. im Warthegau ist bisher ungeschrieben. Die folgende Bewertung muss daher unter großer Zurückhaltung geschehen. Erst 1924 war es zur Entstehung

---

schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ warnt. Vgl. Sup. Martin an die Pfarrer der SELKH am 27.11.1938, in: Dokumentation SELK 1987, 100.

<sup>89</sup> Vgl. ELF 64 (1939), 63.

<sup>90</sup> Die Informationen zu Friedrich Hübener verdanke ich Dr. Gottfried Herrmann. Sie beruhen im Wesentlichen auf Akten, die im Archiv des ELFK-Kirchenbüros vorhanden sind (08056 Zwickau, Bahnhofstr. 8). Der letzte Satz bezieht sich auf die mündliche Auskunft von Dr. Gottfried Wachler (1924–2007), der in den 1950er Jahren als Vikar bei Präses Heinrich Petersen in Berlin tätig war.

<sup>91</sup> *Albert Hübener*, Das Schicksal der Juden, ELF 63 (1938), 199–201; 64 (1939), 3–4, dort 3.

<sup>92</sup> Vgl. *Volker Stolle*, Mitchristen jüdischer Abstammung im Bereich der selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen (Vorgängerkirchen der SELK) während der NS-Zeit, [http://www.selk-deutschland.de/download/Kirche-und-Judentum\\_4.pdf](http://www.selk-deutschland.de/download/Kirche-und-Judentum_4.pdf) (09.11.2011). Die Richtigkeit dieser mündlichen Überlieferung wurde von Dr. Gottfried Herrmann bestätigt.

der Evangelisch-Lutherischen Freikirche in Polen gekommen.<sup>93</sup> Federführend wirkte hier der ehemalige Lehrer<sup>94</sup> Gustav Maliszewski (1886–1972), der am Seminar der ELFK in Berlin-Zehlendorf Theologie studiert hatte und in der Wisconsin-Synode (USA) Unterstützung für sein Anliegen einer lutherischen Bekenntniskirche in Polen fand. Welchen Anteil konfessionell-theologische und welchen politisch-völkische Motive bei der Entstehung dieser Kirche spielten, wäre noch zu klären. In der evangelisch-augsburgischen Kirche Polens hatte es seit 1917 verstärkt Spannungen zwischen der deutschen Mehrheit und der polnischen Minderheit unter Generalsuperintendent Julius Bursche gegeben, so dass es seit 1919 unter völkisch gesinnten Deutschpolen im Umfeld Adolf Eichlers<sup>95</sup> Anstrengungen zur Gründung einer Freikirche gab, zu der es aber nicht kam. Als 1924 v. a. durch die Initiative Maliszewskis dann doch eine wisconsinisch unterstützte lutherische Freikirche entstand, dominierte hier das konfessionell-lutherische Bewusstsein gegenüber völkisch-deutschen Motiven, was dazu führte, dass diese Kirche zahlenmäßig klein blieb.<sup>96</sup> Die Freikirche wuchs in den

<sup>93</sup> Daneben gab es im ehemals preußischen Westpolen Gemeinden der ELKP, die 1924 die Ev.-Luth. Kirche in Polen (1926: Westpolen) gründeten. Die Geschichte dieser Gemeinden ist hier nicht berücksichtigt. Vgl. *Olgierd Kiec*, Die evangelischen Kirchen in der Wojewodschaft Posen (Poznań) 1918–1939, Wiesbaden 1998, 70 f.

<sup>94</sup> Viele deutsche Lehrer verloren nach dem 1. Weltkrieg ihre Anstellung in Polen und litten besonders unter der Restriktion des Staates gegen das deutsche Schulsystem. Dem entsprechend waren etliche in der „Deutschtumsarbeit“ engagiert.

<sup>95</sup> Adolf Eichler (1877–1944) war eine zentrale Figur in der Lodzer „Deutschtumsarbeit“. Er war Herausgeber der Tageszeitung „Lodzer Rundschau“ und Gründer verschiedener Deutscher Vereine.

<sup>96</sup> Starken Auftrieb erhielt die Freikirche, als sich in der Ortschaft Andreaspol bei Lodz der Unternehmer Johann Krause zur Freikirche bekannte und zu ihrem bedeutenden Förderer wurde. Krause hatte sich 1922/23 zusammen mit den Sejmabgeordneten Josef Spickermann, August Utta und dem Heimatdichter Julian Will vergeblich für eine stärkere Gewichtung bzw. eine Trennung des deutschen Mehrheitsteils der augsburgischen Kirche vom Kirchenregiment Bursches eingesetzt. Auch Julian Will studierte 1925–1928 an der Hochschule der ELFK Theologie, trat sein Amt als Pastor der Freikirche aber nicht an, sondern wurde als deutscher Abgeordneter in den Sejm gewählt (vgl. Lebenslauf Julian Will, Archiv der SELK, Oberursel, ELF 051, Hochschule Zehlendorf). Eduard Kneifel berichtet, er habe Will davon überzeugen können, dass der Weg in die Freikirche nicht das richtige Mittel gegen die „Polonisierung“ der evangelischen Kirche sei. „Die kleine Freikirche bildete überhaupt keine Alternative oder ein Gegengewicht zur Evang.-Augsb. [!] Kirche. Die Entwicklung zeigte, wie richtig die Entscheidung 1922 gewesen war, den Freikirchenplan fallen zu lassen.“ (*Eduard Kneifel*, Bischof Dr. Julius Bursche. Sein Leben und seine Tätigkeit 1862–1942, Selbstverlag, Vierkirchen bei München o. J., 113; vgl. auch *Bernd Krebs*, Nationale Identität und kirchliche Selbstbehauptung. Julius Bursche und die Auseinandersetzungen um Auftrag und Weg des Protestantismus in Polen 1917–1939, Neukirchen-Vluyn 1993, 77–87; *Eduard Kneifel*, Geschichte der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, Niedermarschacht 1964, 249 f. und: Die evangelisch-lutherische Freikirche in Polen, unsigniertes und undatiertes maschinenschriftliches Manuskript, 6 [Fundort: Institut für Heimatforschung Rotenburg/ Wümme, Standort: Dt.-Russ.]). In der Kirchenzeitung der ELFKP blickte Gustav Maliszewski Anfang 1941 ausgesprochen kritisch auf die Gruppe um Eichler zurück: „Aber vom Wesen einer rechtgläubigen lutherischen Freikirche hatten diese Massen keine Ahnung, auch die Männer, die an der Spitze dieser Bewegung standen, nicht; denn die meisten von

folgenden 15 Jahren auf knapp 5 000 Glieder.<sup>97</sup> Durch die Umsiedlung von Auslandsdeutschen ins Wartheland stieg die Zahl auf geschätzte 12 000 Glieder 1944.<sup>98</sup>

Aufgrund von Krieg, Flucht und Vertreibung ist wenig an Quellen überliefert. Lediglich die seit 1930 monatlich erscheinende ELFKP bzw. ELFW und einige Lebenserinnerungen maßgeblicher Personen spiegeln bisher die Situation in dieser kleinen Missionskirche. Von den Rundschreiben, die nach der Einstellung der Kirchenzeitung 1941 an die Gemeinden verschickt wurden, scheint nichts erhalten zu sein. Die Artikel in der Kirchenzeitung, hauptsächlich von Pfarrer Gustav Maliszewski und Wilhelm Bodamer verfasst, geben die konfessionelle Frömmigkeit der Kirche wieder und sind zum Teil von dem beeinflusst, was in der ELFK thematisiert war.

Politisch ist ein strikter Obrigkeitsgehorsam feststellbar, wie er dem Verständnis der Wisconsin-Synode bzw. der sächsischen Freikirche entsprach. 1930 etwa, zur Zeit der Pilsudski-Diktatur, schrieb Bodamer in der Kirchenzeitung, der von Gott eingesetzten Obrigkeit sei unter allen Umständen zu gehorchen, auch wenn es sich um eine fremdländische Macht handle. Dieser notwendige Gehorsam gelte gerade

„in der Jetztzeit, wo es überall gährt und brodel, wo Bolschewismus und verwandte Richtungen überall ihre Wühlarbeit verrichten und Aufruhr und Empörung zu stiften suchen, wo die politischen Gegensätze die Nationen vergiften und verhetzen [...] Ob das nun eine monarchoische [!], republikanische, demokratische oder absolutistische Obrigkeit ist, hat für den Christen gar nichts zu sagen“.<sup>99</sup>

Aufschlussreich ist ein Artikel von Bodamer, in dem er sich 1931 mit Vorwürfen auseinandersetzte, die im „Deutschen Volksboten“, dem Organ des Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes in Polen, gegen die Freikirche

---

den Führern waren ja alles andere nur nicht Christen, geschweige denn gläubige Lutheraner“ (ELFKW 12,1 [1.1.1941], 4). Ganz anders klang wiederum die Kirchensatzung, die Maliszewski (der später den Namen Malschner annahm) am 15. Oktober 1941 an den Reichsstatthalter des Gaues Wartheland einreichte, um die Rechtsfähigkeit der „Evangelisch-Lutherischen Freikirche deutscher Nationalität im Warthegau“ zu erreichen. Hier betonte Malschner den deutschen Charakter der Freikirche und begründete ihre Entstehung mit dem Polonisierungskurs in der Evangelisch-Augsburgischen Kirche unter Generalsuperintendent Bursche. So lautet der erste der neun Grundsätze in der Kirchensatzung: „Wir sind in unserm Gewissen überzeugt, daß Treue zum wahren Christentum und Treue zum angestammten Volkstum sehr wohl zu vereinigen sind, nach dem Wort Christi: ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist‘. (Luk. 20,25)“ (*Gustav Malschner*, Geschichte und Chronik der Evangelisch-Lutherischen Bekenntniskirche, unvollendetes Manuskript, Archiv der SELK, Oberursel, 123 f.). Insgesamt gibt dieser Text zu erkennen, wie Malschner in der kirchlich schwierigen Lage im Warthegau um die Anerkennung als Kirche ringt. Insofern geben die Aussagen nicht unbedingt das Selbstverständnis dieser Kirche wieder. Ob ein Original des Satzungsentwurfs erhalten ist, wäre zu prüfen.

<sup>97</sup> *Armin Schlender*, 50 Jahre Ev.-Luth. Bekenntniskirche, in: Durch Kreuz zur Krone Nr. 4–9 (1974).

<sup>98</sup> *Kneifel*, Geschichte 250.

<sup>99</sup> ELFKP 1,3 (1. Mai 1930), 3. Eine ähnliche Position findet sich in ELFKP 7,3 (1. März 1936), 3.

erhoben worden waren. Bodamer verwehrte sich gegen die Anklage, die lutherische Freikirche sei Fortsetzung und Erbin der 1921 in deutsch-völkischen Kreisen geplanten Freikirche, sie sei illoyal dem polnischen Staat gegenüber und ziele auf eine Zerstörung der evangelisch-augsburgischen Landeskirche. Bodamer erwiderte: „Mit Politik haben wir nichts, aber auch gar nichts zu schaffen“.<sup>100</sup>

Trotzdem war auch das Kirchenblatt der Freikirche nicht politikfrei. Wiederholt wurde von der Christenverfolgung in der Sowjetunion berichtet,<sup>101</sup> seit 1938 fast in jeder Ausgabe. Der Bolschewismus wurde als elementare Bedrohung geschildert, wobei ein Zusammenhang zwischen Judentum und Bolschewismus nahe gelegt wurde.<sup>102</sup> Die nationalsozialistische Staatsführung wurde auf der anderen Seite gegen den Vorwurf einer Unterdrückung der Kirche in Schutz genommen. In Deutschland herrsche völlige Religionsfreiheit, der Staat dulde aber zu recht keinerlei Übergriffe der Kirche in die Politik.<sup>103</sup> Dieser Sichtweise entsprechend wurde die Bekennende Kirche in Deutschland vor allem als politische Opposition gezeichnet. Die BK verbrüdere sich mit ausländischen „Kriegshetzern“, unterstützt vom „Geschrei der Juden- und Sektenpresse“<sup>104</sup>, um Deutschland zu schaden. Darum sei das Vorgehen des Staates gegen die BK noch viel zu nachsichtig.<sup>105</sup> Das entsprach *cum grano salis* einer verbreiteten Sichtweise in der sächsischen Freikirche (ELFK).

Vor 1939 schlugen sich im Kirchenblatt der Freikirche in Polen die politischen Ereignisse in Deutschland kaum nieder, was anhand der Situation der Deutschen in Polen nicht verwundert. Doch in der Oktoberausgabe 1939 wurde der Einmarsch der deutschen Truppen in Lodz freudig begrüßt. Vorangegangen waren zehn Tage großer Unsicherheit angesichts polnischer Übergriffe auf Gemeindeglieder der ELFKP, von denen in dieser und den folgenden Kirchenblatt-Ausgaben ausführlich berichtet wurde.

Vor dem Hintergrund dieser erschütternden Berichte erlittener Gewalt bedrückt die darauf folgende Härte gegen die Juden umso mehr. Schon in der Novemberausgabe wurde kommentarlos ein Abschnitt aus Luthers Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) abgedruckt, in dem Luther rät, die Synagogen und Talmudschulen anzustecken, die Juden zu enteignen, ihre Gottesdienste zu verbieten, ihre Schriften zu konfiszieren und sie aus dem Land zu treiben.<sup>106</sup> Die Ausgabe erschien nur wenige Ta-

<sup>100</sup> ELFKP 2,6 (01.06.1931), 3.

<sup>101</sup> ELFKP 7,3 (01.03.1936), 3 f.; 9,3 (01.03.1938), 4; 10,2 (01.02.1939), 4.

<sup>102</sup> ELFKP 7,8 (01.08.1936), 3 f.

<sup>103</sup> ELFKP 7,4 (01.04.1936), 4. Auch darin zeigte sich der Einfluss der sächsischen Freikirche. Vgl. *Gottbifl Herrmann*, Religionsfreiheit. Amtliche Dokumente; Worte führender Männer, Zwickau <sup>5</sup>1936. Vgl. ELFKP 10,3 (01.03.1939), 3.

<sup>104</sup> ELFKW 11,1 (01.01.1940), 3.

<sup>105</sup> Aber auch die Deutschen Christen wurden durchweg negativ bewertet, vor allem weil sie das Alte Testament und „am liebsten auch Christum abschaffen möchten“ (ELFKP 5,8 (01.08.1934), 4).

<sup>106</sup> Vgl. ELFKP 10,11 (01.11.1939), 4.

ge, bevor in Lodz tatsächlich die örtlichen Synagogen zerstört und ein großes Ghetto eingerichtet wurde.

Das Kirchenblatt im Jahr 1940 war dann von einer Artikelserie mit dem Titel „Das antisemitische Alte Testament“ bzw. „Das judengegnerische Alte Testament“ geprägt, verfasst von Heinrich Müller (1900–1946), Pastor der ELFKP. Ziel der Serie war es, das Alte Testament vom Judentum zu lösen und damit zu „retten“.

[Nach] „Jesu Christi eigenen Worten sind die Schriften Alten Testaments göttlichen Ursprungs und stehen im krassen Gegensatz zu dem Judengeist, der an der Verfassung dieses Buches vollkommen unschuldig ist, ja die Verfasser der alttestamentlichen Bücher gehaßt und zu Tode gehetzt hat. Jesus Christus bezeugt klar, daß das Alte Testament kein Judenbuch ist, sondern von ihnen als Volk bekämpft und verleugnet wird.“<sup>107</sup>

In besonders drastischer Weise wurde von der Verwerfung Israels gesprochen und davon, dass die gegenwärtige Verfolgung der Juden lediglich den Fluch Gottes nach Dtn 28 zur Geltung bringe.<sup>108</sup> Indem der Einfluss der Juden gebrochen werde, komme Christi Wille und Luthers Rat zur Geltung:

„Christi Wille ist: ‚Euer Haus soll euch wüste gelassen werden‘, Luthers Rat an seine lieben Deutschen lautet: ‚Erstlich, daß man ihre Synagoga oder Schule mit Feuer anstecke, und was nicht verbrennen will, mit Erde beschütte, daß kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich.‘“<sup>109</sup>

Die „Judengegner“ ermahnte Müller hingegen:

„[...] verschont das deutsche Volk mit eurem stark nach jüdischer Unduldsamkeit riechenden Gezeifer über das Alte Testament und die Apostel Jesu Christi – schlägt Juden und Judengenossen, wo ihr sie trefft, aber schlägt, bitte, das wahre Christentum nicht mit tot – es wäre nur euer und des ganzen deutschen Volkes Schade.“<sup>110</sup>

Christozentrische Schriftauslegung und verbalinspiratorisches Schriftprinzip ermöglichten es in *dieser* Lesart, die Heilige Schrift vom Geist ihrer Verfasser zu abstrahieren und das Judentum durch das Christentum vollständig zu substituieren, ohne das Alte Testament aufzugeben.

Die kirchlichen Verhältnisse waren in den folgenden Jahren außerordentlich schwierig. Unter Gauleiter Arthur Greiser sollte das Wartheland zu einem religionslosen, nationalsozialistischen Mustergau werden. Die Rechte der Kirchen wurden empfindlich beschnitten, vor allem die katholische Kirche massiv unterdrückt. Wie das Leben in den Gemeinden der Freikirche aussah, die durch die Umsiedlungsaktionen ihre Gliederzahl bald verdoppelte, ist bisher wenig bekannt.

<sup>107</sup> ELFKW 11,2 (01.02.1940), 3.

<sup>108</sup> Vgl. ELFKW 11,3 (01.03.1940), 3 f.

<sup>109</sup> ELFKW 11,7 (01.07.1940), 2.

<sup>110</sup> Ebd. 3.

### 3. Systematisch-theologische Erwägungen

#### 3.1 Unvermeidliche (aber nicht undurchschaubare) Zeitgenossenschaft

Trotz ihrer konfessionell-kirchlichen Sonderexistenz gehörten die selbständigen lutherischen Kirchen und ihre Glieder zu einer breiten, bäuerlich-bürgerlich, national-konservativ und obrigkeitsstaatlich orientierten protestantischen Gesellschaftsschicht, die sich in der Weimarer Republik gegenüber der überwiegend kirchenfernen Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus in der Defensive sah.

War das Verhältnis der Kirchen untereinander und zu den Weltanschauungsgruppen in der Weimarer Zeit ohnehin von einer Rhetorik der Rivalität und Abgrenzung geprägt, so traf das auf die kleinen konfessionell-lutherischen Kirchen, die überdies um ihre soziale und staatskirchenrechtliche Anerkennung rangen, in besonderer Weise zu. Konkurrierten die großen Kirchen in Deutschland um die Partnerschaft mit dem Staat,<sup>111</sup> so galt dies auch für die lutherischen Freikirchen. Zahlenmäßig und staatskirchenrechtlich marginalisiert, sahen viele ihrer Glieder 1933/34 die Chance zur Verwirklichung der eigenen gesellschaftlich-kirchlichen Leitideen gekommen. Die Sorge um die Sicherung der eigenen kirchlichen Existenz führte dabei immer wieder zu unnötig staatskonformem Verhalten.

Diese „Lagermentalität“ erschwerte häufig eine sachgemäße Einschätzung tatsächlicher gesellschaftlicher Zusammenhänge. Stattdessen wurden neue Entwicklungen in das bereits vorhandene Weltbild lediglich eingeordnet. Die Nationalsozialisten – so wie die anderen Parteien auch – wurden auf ihre Stellung zu den Kirchen „abgehört“. Deren Bekenntnis zum „positiven Christentum“ schien anknüpfungsfähig für die eigenen Interessen zu sein. Bis in die 1940er Jahre hinein versuchten die Kirchen (nicht nur die lutherischen Freikirchen), die NSDAP an diese scheinbar kirchenfreundliche Position zu erinnern. Und als Anti-Bolschewisten schienen die Nationalsozialisten ohnehin Verteidiger des Christentums zu sein.

Auf politischer Ebene war in den 1920er Jahren bei den freikirchlichen Lutheranern nämlich die Angst vor dem Bolschewismus (als Folge der wirtschaftlichen Verelendung) das zentrale Thema. Der Bolschewismus wurde vor allem als antikirchliche und antichristliche Bewegung beurteilt. Bereits Anfang der 1920er Jahre waren Vorstellungen einer materialistischen jüdisch-kommunistischen, antichristlichen Weltverschwörung verbreitet.

<sup>111</sup> „Es war die konfessionelle Spaltung, die zwischen den Konfessionen ein Klima der Konkurrenz, der Furcht und der Vorurteile schuf, die die gesamte deutsche Innen- und Außenpolitik mit einem weltanschaulichen Element von schwer bestimmbarer Gewichtung und Ausmaß belastete. [...] es begünstigte den Aufstieg Hitlers, weil schließlich beide Kirchen um seine Gunst warben aus Frucht, die jeweils andere könnte mit Hitler die Reformation oder die Gegenreformation vollenden.“ (Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*. Bd. 1. Vorgeschichte und Zeit der Illusion (1918–1934), München 2000, 191 f.)

Gegen Ende des 1. Weltkriegs verband sich bei vielen die lutherische Konfessionalität mit völkischen und zum Teil antijüdischen Ideen. Nährboden der völkischen Bewegung war vor allem die für viele unbegreifliche Kriegsniederlage. Unter anderem die Reformationsjubiläen 1917/1930 suggerierten über die Autorität der Person Luthers ein fast selbstverständliches Zusammenfallen von völkisch-deutscher und lutherisch-konfessioneller Identität.

### 3.2 Gemeindekirchliche und bekennnistheologische Grundprägungen

In den selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen verstand man sich als „bibel- und bekennnistreu“. Diese kirchliche Grundprägung machte von Anfang an immun gegen deutschchristliche oder gar deutschgläubige Positionen. Die Erlösungsbedürftigkeit aller Menschen, die Messianität des Juden Jesus, die Unverbrüchlichkeit der ganzen Bibel als Gottes Wort standen nicht zur Disposition, sondern wurden stets energisch gegen Angriffe verteidigt – auch noch in kirchenpolitisch so schwierigen Zeiten wie im Warthegau 1941.

Trotzdem schützte die feste Bindung an Bibel und Bekenntnis in Theologie und Frömmigkeit nicht vor einer erheblichen Politisierung des Glaubens. Dass der NS-Staat in seinen Maßnahmen grundlegende Gebote übertrat, die Gewissen suspendierte und das Liebesgebot nur noch für Volksgenossen gelten ließ, wurde hingenommen und schlimmstenfalls theologisch legitimiert. In der konkreten Einzelsituation, wo der „Nächste“ sichtbar vor Augen war, war das glücklicherweise manchmal (oder oft?) anders.

In allen lutherischen Freikirchen verbreitet war die Vorstellung von der Beerbung Israels durch das Christentum. Dass Israel in seiner Zerstreuung den Fluch trägt, den es mit der Kreuzigung Jesu sehenden Auges auf sich geladen hatte, war allgemeiner Konsens. Doch die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden, konnten sehr verschieden sein. Während manche den Kontakt zu Juden suchten und sie für die Christengemeinde gewinnen wollten, sahen andere – vor allem unter dem Einfluss neuer völkischer und rasseideologischer Gesichtspunkte – die Juden als unerwünschtes Fremdvolk an. Missionarisches Engagement brachte oft eine Sensibilisierung für die Juden und ihr Schicksal mit sich.

Die selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen waren strukturell (nicht immer theologisch reflektiert) staatsunabhängige Gemeindekirchen, lange bevor in der Bekennenden Kirche der ekklesiologische Wert der Gemeinde und des gemeinsamen Bekennens und die Unabhängigkeit vom Staat neu entdeckt wurden. Das hätte sie eigentlich zum Zukunftsmodell für die Bekennende Kirche machen können. Die lutherischen Freikirchen und die BK waren aber durch die unterschiedliche Bekenntnishermenteutik

und ihre Stellung zur Unionsfrage weit voneinander entfernte.<sup>112</sup> Nichtsdestotrotz gab es Kontakte und Kooperationen vor Ort.

Eine ausgesprochen vielschichtige Lehrkonstruktion war die lutherische Zwei-Reiche-Lehre, die keineswegs nur in einen staatsfrommen Untertanengehorsam münden *musste*.<sup>113</sup> Die Freiheit der Kirche vom Staat konnte etwa in der Hessischen Renitenz mit der Vorstellung eines Wächteramts der Kirche verbunden werden, während sie bei den Sachsen in Verbindung mit einer strikten Auslegung von Römer 13 zu einem schier bedingungslosen Obrigkeitsgehorsam führte.

Schließlich war das fromme Vertrauen darauf, dass Gott in Schöpfung und Geschichte wirkt, merkwürdig anfällig dafür, bestimmte Existenzweisen (Volks- und Rassezugehörigkeit) und Geschichtsereignisse unmittelbar auf Gottes Handeln und Gottes Willen zu beziehen – und andere nicht. (Nicht die Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten, sondern die Macht ergreifung Hitlers wurde mit Gottes Wirken in Verbindung gebracht – warum eigentlich?)

In den selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen spielte die Autorität einzelner wirkmächtiger Personen von Anfang an eine Rolle: Walther, Vilmar, Harms, allen voran aber Martin Luther waren selbstverständliche Autoritäten. Die öffentliche Durchsetzung bestimmter Positionen konnte daher auch gelegentlich durch bestimmte autoritative Texte statt durch Argumente erfolgen (so z. B. mithilfe von Auszügen aus Luthers späten Jundenschriften). Durch die teils geringe Gliederzahl waren es zudem oft Einzelne, die die kirchlichen Äußerungen dominierten, zumal manche Kirchenzeitung nur von ein oder zwei Personen redigiert wurde.<sup>114</sup> Auch das wird ein Grund für sehr unterschiedliche kirchliche Positionierungen gewesen sein.

### 3.3 Kirchlich-theologische Besonderheiten

Für das Verhältnis zum NS-Staat spielte die jeweils verschiedene Entstehungsgeschichte der selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen eine nicht unerhebliche Rolle.

Von den anderen freikirchlichen Lutheranern hoben sich die *Hessen* mit ihrer kritischen Haltung zum Nationalsozialismus deutlich ab. Zu ihrer

<sup>112</sup> Vgl. *Hübener*, Wache auf, deutsche Christenheit, These 35. Vgl. *Otto Gerß*, zitiert nach ELF 58 (1933), 131.

<sup>113</sup> Vgl. *Werner Klän*, Von der Reichsgründung 1871 bis zu den Reformationsjubiläen 1883, in: Nation im Widerspruch. Aspekte und Perspektiven aus lutherischer Sicht heute, hg. v. Helmut Edelmann und Niels Hasselmann im Auftrag der VELKD, Gütersloh 1999, 145–151. Am Beispiel der Reichsgründung 1871 zeigt Klän, wie „die ‚Zwei-Bereiche-Lehre‘, dazu ein antipreußisch ausgerichtetes, lutherisches Konfessionsbewußtsein im deutschen Luthertum einer nationalistischen Überhebung im Zusammenhang des deutsch-französischen Krieges 1870/71 und der Reichsgründung von 1871 wehrten“.

<sup>114</sup> Das gilt zum Beispiel für die stark wertenden jährlichen Rundblicke Jacobskötters im ‚Christophorus‘.

Position dürfte die starke Vilmarsche Prägung beigetragen haben, sein Kampf für die Freiheit der Kirche, seine christlich-universale Geschichtstheologie und seine (auch nicht unproblematische) Hochschätzung des geistlichen Amtes als Stellvertretung des Königtums Jesu Christi, wozu auch ein Wächteramt gegenüber dem Staat gehörte. Eine Rolle spielte auch die Verbindung zu Hermann Sasse, einem scharfen Kritiker des Nationalsozialismus, über die gemeinsame Hochschätzung Vilmars.

Für die *Alllutheraner* spielte das Bewusstsein eine erhebliche Rolle, die wahre und rechtmäßige lutherische Kirche in Preußen zu repräsentieren. Theologisch und institutionell mit dem landeskirchlichen Luthertum verbunden, verstand man sich nicht als Freikirche, sondern als Rechtsnachfolgerin der untergegangenen lutherischen Landeskirche. Theologisch hatten das neuere Erlanger Luthertum und vor allem der aus der ELKP stammende Werner Elert Einfluss mit ihrer Integration zeitgenössisch-weltanschaulicher Stimmungen und ihrer völkischen, aber – bei Elert zumindest – nicht antisemitischen Schlagseite.

Die Freikirchen im *Hannoverschen* wurden hier nicht im Detail behandelt.

Die *Missourier*, wie die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Sachsen genannt wurde, hatten eine ganz eigene Entstehungsgeschichte. Ihr Herkommen aus den Lutheranervereinen und enge Kontakte nach Nordamerika führten von Anfang an zu einer starken Betonung der Einzelgemeinde und einer großen Verantwortung der „Laien“. Strikte Trennung von Kirche und Staat und unbedingter Gehorsam gegenüber der Obrigkeit wurden hervorgehoben. Dass sich die ELFK aufgrund ihrer starken Bindung nach Übersee kompensierend als besonders treudeutsch darstellte, ist eine Vermutung meinerseits.

Besonders dramatisch ist am Beispiel der ELFK zu sehen, wie der Wunsch nach Bibel- und Bekenntnistreue (Verbalinspiration der Heiligen Schrift) nicht vor zeitgeistlichem und tendenziösem Schriftgebrauch schützte, sondern – im Gegenteil – die eklektizistische Verwendung von Schriftziten (aufgrund der göttlichen Autorität jedes einzelnen Satzes) einer politisch-völkischen und antijudaistischen Theologie die Tür öffnete. Das Festhalten an der Verbalinspiration konnte geradezu zum Vehikel des Antijudaismus werden, indem zwischen dem göttlich geoffenbarten Wort des Alten Testaments und dem jüdisch-menschlichen Geist, von dem das Gotteswort unbeeinflusst geblieben sei, streng unterschieden wurde.

Eine Besonderheit der ELFK war die freie und selbstbewusste Meinungsäußerung auch der „Laien“ in Gemeindeversammlung und Synode sowie die strenge Kirchenzucht. Inwiefern diese doch gewissermaßen demokratische Offenheit und ethische Strenge nicht zu einer Distanzierung gegenüber dem Totalitätsanspruch des NS-Staates führte, bleibt mir bisher verschlossen.

Eine wichtige Rolle in dieser Frage dürfte die Selbstisolierung der ELFK gespielt haben. In ihrer Anti-Haltung war sie radikal, nicht nur gegen Bolschewismus, Liberalismus, Katholizismus und Unionismus, sondern auch gegenüber den anderen lutherischen Bekenntniskirchen. Die Selbstbezogenheit scheint in besonderer Weise blind gemacht zu haben für das Schicksal der Bekennenden Kirche („Unionismus“) und das der Minderheiten im „Dritten Reich“, die zu Opfern des Nationalsozialismus wurden, insbesondere das der Juden. Vom Rechtsverlust und den Zwangsmaßnahmen im Nationalsozialismus fühlte man sich selbst weitgehend nicht betroffen – und wollte oder konnte diese(n) nicht sehen.

Eine ganz eigene Entwicklung nahm die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Polen. Theologisch knüpfte sie eng an die sächsisch-missourische Position an. Dazu kam der Sonderweg des auslandsdeutschen Luthertums und die spezielle Geschichte der lutherischen Kirche in Polen. Die Erfahrung von Germanisierungs- und Polonisierungskampagnen, die Nachbarschaft zwischen Deutschen, Polen und Juden, reichsdeutsche Einflussnahmen und polnische Reaktionen und schließlich das Erleben von erschütternden Pogromen am eigenen Leibe und am Leibe der anderen, führten hier zu einer so komplexen Situation, dass ich eine Beurteilung der Vorgänge trotz und wegen der Schärfe mancher Äußerungen, vor allem im Blick auf die mangelhafte Quellenlage, zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht wage.

#### 4. Schluss

Der Blick in die eigene geschichtliche Vergangenheit, gerade *dieser* Blick auf eine Existenz unter der totalitären Diktatur zeigt das Menschliche in seiner ganzen Vielfalt: Versagen und Mitmenschlichkeit, Verstummen und Aufrichtigkeit, Schuld und Hoffnung, Angst und Mut. Eine solche Rückschau birgt zwei Versuchungen, denen wir nicht erliegen sollten: entweder aus (berechtigter) Sorge um die Außenwirkung der Kirche die Vergangenheit zu verschweigen oder andererseits über die Sünden der Altvorderen den Stab zu brechen und sich im „heiligen Zorn“ selbst zu salvieren. Beide Versuchungen – der depressive Weg des Schweigens und der hochmütige postumer Denunziationen (Luther hatte sie *desperatio* und *superbia* genannt) – verstellen den einen Weg, der ins Freie führt, den Weg der Umkehr durch Einkehr in die eigene Geschichte, den Weg der Buße und Erneuerung. Nur er öffnet zudem unseren Blick dafür, wo wir uns *heute* von Leitbildern und Deutungsperspektiven unseres Herkommens oder unserer Gegenwart verführen lassen.